

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando
 Vierteljährlich 2.90 RM., monatlich 1.30 RM.,
 wöchentlich 30 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.30 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnisse.
 Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Subskribenten
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ersteinst. 1896.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsgehaltene Annon-
 ce oder deren Raum 20 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Beiträge
 und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das Setzgebäude
 20 Pf., (zu 1/10 2 Setzgebäude
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Belegblätter und Belegblätteran-
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Mittwoch, den 13. September 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Nichts als etwas Sozialismus.

In das Stammbuch
eines Nichts-als-Deutschen Sozialisten.
Von Ed. Bernstein.

Alles kulturelle Leben und Wirken ist an das Dasein organisierter menschlicher Gesellschaften gebunden, kein persönlicher Wohlstand konnte und kann sich ohne die Grundlage solcher gesellschaftlichen Zusammenlebens entwickeln. Kein Mensch kann ein Kulturleben, wie bescheiden es auch sei, ohne diese Grundlage führen, keines Besitz oder Einkommen ist ausschließlich seinem persönlichen Verdienst zu verdanken. Arbeit vergangener Geschlechter, Arbeit der Mitlebenden steckt in allem, was das Leben jedes einzelnen über das tierische Dahinvegetieren erhebt.

Diese Erkenntnisfrage sind die sozialwissenschaftlichen Ausgangspunkte der sozialistischen Weltanschauung, sie bilden aber noch keineswegs ihre Besonderheit. Denn bis soweit werden sie auch von so ziemlich allen ernsthaft zu nehmenden Sozialwissenschaftlern bürgerlicher Parteistellung unterschrieben. Was die sozialistische Lehre von den Theorien dieser letzteren unterscheidet, ist die folgerichtige Weiterführung jener Grundgedanken in der Anwendung auf das soziale Leben der Gegenwart und die Forderungen und Ziele, die wir aus dieser Anwendung ableiten. Die sozialistische Lehre stellt fest, daß die kapitalistische Produktion und die auf ihr beruhende Verkehrswirtschaft zwar die Trennung der produzierenden Klassen vom Eigentum an ihren Produktionsmitteln ungemein gesteigert, aber gleichzeitig den Umfang der gegenseitigen gesellschaftlichen Abhängigkeiten um so mehr erweitert hat. Die Menschen sind in den Bedingungen ihrer Arbeit und ihres Genußes mehr als zu irgendeiner früheren Zeit von dem regelmäßigen Arbeiten eines sozialen Organismus abhängig, der in früher unbekannter Ausdehnung eine ungeheure Zahl von Einzelunternehmungen aller Größen umfaßt, die scheinbar voneinander unabhängig, tatsächlich aber durch unzählige sichtbare und unsichtbare Fäden miteinander verbunden sind. Aus dieser gewaltigen Zunahme der wirtschaftlichen und sozialen Abhängigkeiten leitet der Sozialismus die Forderung der Anerkennung der Solidarität auf allen Gebieten des Gesellschaftslebens ab. Das heißt, die heute das ganze Gesellschaftsleben durchdringende direkte und indirekte Abhängigkeit der Kulturmenschen voneinander soll vermittelt Einrichtungen und Maßnahmen, welche es unmöglich machen, daß einzelne oder Verbindungen von solchen sie ausbeuterisch auszunutzen, zu einem Zustand wahrer sozialer Gegenseitigkeit übergeleitet werden.

Der sozialistischen Weltanschauung widerspricht also vor allem der Gedanke, der in den Worten „jeder ist sich selbst der nächste“, „jeder ist seines Glückes Schmied“ und dergleichen Niederschlag gefunden hat. Wohl anerkennt sie, daß unter den heutigen Verhältnissen eine gewisse wirtschaftliche Selbstverantwortung besteht, die der einzelne nicht ungestraft vernachlässigt. Aber sie begrenzt den Begriff und Grad dieser Selbstverantwortung, wie sie umgekehrt auch den Begriff des Emporkommens durch eigenes Verdienst begrenzt. Ganz abgesehen davon, daß kein Mensch die Eigenschaften, die ihn zum Aufsteigen befähigen oder zum Versinken verurteilen, sich selbst gegeben hat, wissen wir zu gut, von wie vielen außerhalb dieser persönlichen Eigenschaften liegenden sozialen Umständen Versinken und Aufsteigen in jedem einzelnen Fall bestimmt sein können, um unbedenken in dem Herabkommen einen sozialen Verbrecher zu verachten und in dem Emporkommen einen Menschen von sozialem Verdienst zu verehren. Wir werden nicht jedem Vettelbruder ohne weiteres glauben, daß er lediglich ein Opfer der Verhältnisse sei, und wir werden noch weniger jedes reich gewordenen Erklärung, er verdanke seinen Reichtum nur seiner Tüchtigkeit, als Evangelium gelten lassen.

Diese Erkenntnis der sozialen Abhängigkeiten setzt der Sozialist in soziale Selbsterziehung um, die ihre Echtheit dann beweist, wenn sie entsprechende Betätigung wird. Diese heißt heute wirtschaftliche Organisationsarbeit und politische Propaganda und Aktion zur Verwirklichung demokratischer Solidarität. Jemand, der sich um nichts anderes kümmert, als um Erwerb und Beruf, der als Arbeiter nichts als Lohnempfänger, als Angestellter oder Beamter nichts als Gehaltsbezieher, als Geschäftsmann nichts als Profitstreicher sein will und danach handelt, mag noch so tiefgehende soziale Erkenntnisse haben, er ist aber darum noch ganz und gar nicht Sozialist. Wenn er ein Arbeiter ist und sich rühmt, nichts als Lohnempfänger zu sein und sein zu wollen, an nichts, als an seinen persönlichen Verdienst zu denken, dann wird es allerdings auch mit seiner sozialen Erkenntnis nicht weit her sein.

Denn schon ein wenig soziales Erkennen würde ihm sagen, daß, wenn alle seine Kollegen nach diesem Grundsatz handelten, ein allgemeines Sinken der Lohnsätze die unausbleibliche Folge sein würde. Sie würde ihm sagen, daß ausschließliches Sinnen auf den eigenen Verdienst zur Verhinderung an seiner Klasse werden kann, daß sich die aus den sozialen Zusammenhängen hervorgehende Solidarität, wie Laffalle einmal schreibt, wohl verkennen, aber nicht ungestraft ignorieren läßt.

Es gibt aber nicht nur eine Solidarität der Klasse innerhalb der Nation, sondern auch eine Solidarität der Klasse über die Grenzen der Nation hinaus und eine Solidarität der Völker im allgemeinen, und auch diese ist heute stärker als zu irgend einer früheren Zeit in der Geschichte. Hat sie sich in der Zeit vor dem Kriege mehr wirtschaftlich als politisch kundgetan, obwohl es auch auf dem letzteren Gebiet an sehr empfindlichen Rückwirkungen der gegenseitigen Abhängigkeiten nicht gefehlt hat, so sehen wir sie jetzt im Weltkriege sich in der greifbarsten Weise offenbaren.

Niemals in der Geschichte der Menschheit hat ein Krieg Völker, die ursprünglich ganz unbeteiligt an ihm waren, so schnell und so weit in Mitleidenschaft gezogen wie dieser Krieg. Wo in aller Welt ist ein Land, das nicht in der einen oder anderen Weise empfindlich von ihm betroffen worden wäre? Überall, in den beteiligten und in den unbeteiligten Ländern, in den blockierten und in den blockierenden Staaten ist Verteuerung des Lebensunterhalts der breiten Volksmasse mit Allerhand schwereren Schäden für unzählige kleine Existenzen eingetreten, und wie der Krieg schon jetzt mehr als die doppelte Zahl der Länder erfaßt hat, zwischen denen er seinen Anfang nahm, so fühlt kaum ein heute noch neutrales Land sich dagegen gesichert, eines Tages in die direkte Teilnahme an ihm hineingezogen zu werden. Und wenn da bei den Regierenden oft Beweggründe den Ausschlag geben, die mit dem Volksinteresse blutwenig zu tun haben, oft sogar im krassten Widerspruch zu ihm stehen, so fehlt doch in ihren Erklärungen selten der Hinweis auf ein wirkliches Interesse ihres wie jedes Volkes — Sicherheit — und entbehrt er nicht immer einer sachlichen Begründung. Gaben wir doch gar manchemal schon vor dem Kriege es zu verspüren bekommen, wenn irgendein diplomatischer Konflikt bedrohliche Gestalt annahm, von welcher durchgreifenden Bedeutung für den Wohlstand der Völker Sicherheit gegen Krieg und Kriegsgefahr ist. Was aber waren die damaligen Erschütterungen gegen diejenigen, die den Völkern dieser Krieg gebracht hat? Und noch ist nicht abzusehen, wann er ein Ende nehmen und wie dieses Ende aussehen wird.

Eines aber zeichnet sich immer deutlicher ab: der Krieg wird sich um je länger hinzuziehen, je länger die Kriegsführenden die Sicherung gegen seine Wiederholung in der Vergewaltigung der Gegenseite und gewalttätiger Unterwerfung von Völkern oder Volksteilen suchen, und er wird um so eher sein Ende finden, je eher die Erkenntnis von der Solidarität der Völker allgemein als Richtschnur für die Bemessung der Kriegsziele Anerkennung findet. Niemand ist mehr dazu berufen, dieser Erkenntnis Anerkennung zu verschaffen, als die Partei des Sozialismus, als die Sozialdemokratie. Und sofern sie sich nur ihrer Mission voll bewußt bleibt, ist auch niemand mehr dazu geeignet als sie.

Wer das vergißt, wer in dieser Situation sich hinstellt und nach dem Muster Konrad Haenisch mit der Erklärung „Ich bin jetzt nichts als Deutscher“ Anzessionen nach rechts und links predigt, der hat nicht nur ein Stück des Sozialismus, der hat den ganzen Sozialismus abgestreift. Man glaube doch nicht, daß sich mit Fundamentalsgrundsätzen Schacher treiben läßt. In dem Augenblick, wo man von ihnen ein Stück preisgibt, gibt man sie ganz preis. „Wehe der Demokratie.“ schreibt Laffalle in „Der italienische Krieg und die Aufgabe Preußens“, „wenn sie jemals von der Politik der Prinzipien abließe. Ihr ist nicht, wie den Kabinetten, die Politik der Umstände, der Auskunftsmitel, des Prinzipienbruchs gegönnt. Ihre ungeheure Macht, aber auch ihre ganze Existenzfähigkeit, beruht auf der Politik der Prinzipien und auf der Treue, mit der sie an denselben hält.“ Die Geschichte hat gezeigt, wie sehr diese 1859 geschriebenen Sätze ins Schwarze trafen.

Tatsächlich heißt nichts-als-Deutscher sein in der Praxis weniger als Deutscher sein, sofern dieses letztere Wort bedeuten soll, für das Wohl des deutschen Volkes eintreten. Keine Nation kann sich aus dem Völkerverbände willkürlich lösen, keine kann daher sich über Pflichten hinwegsetzen, ohne deren Beobachtung ein friedliches Zusammenleben mit den anderen Nationen unmöglich wäre. Von der Art, wie eine Nation diesen Pflichten gerecht wird, hängt die Achtung und Liebe ab, die sie im Verbands der Nationen genießt. Das erkennen im Prinzip sogar die Bourgeoisparteien und die Regierungen an. Jede ist sehr darauf bedacht, in ihren Erklärungen darzutun, daß sie nicht bloß die Interessen ihres Landes, sondern die Interessen aller Länder wahrnimmt oder wahrzunehmen sucht. Nur daß verschiedene sich für berufen halten, aus eigener Vollmacht zu bestimmen, was im Interesse der Allgemeinheit liegt. Hier gilt aber der gleiche Gedanke, der in des Dichters „Noch ist kein Fürst so sich geführt“ Ausdruck findet. Keine Nation oder Koalition steht so hoch über allen andern,

„daß sie allein in ihren Händen die Schale allen Rechtes hält, davon den Völkern auszuspünden so viel, so wenig ihr gefällt“.

Immer werden sich die Völker gegen solche Verbormundung auflehnen, nie werden sie sich den Regelungen willig unterwerfen, die eine einzelne Nation oder Nationengruppe, auf die Macht der Waffen gestützt, ihnen aufzubütteln sich vermischt. Der Ausgang der Schöpfungen Napoleons I., der

doch immerhin eine für seine Zeit große Idee vertrat, spricht hierfür Bände.

Wenn also Haenisch herkommt und uns erzählt, er sei vor dem Kriege „ein glühender Internationaler“ gewesen, nun aber ein ebenso glühender „nichts-als-Deutscher“, so bekennt er damit nur, daß ihm die besagte Blut seines Empfindens verschiedene Teile seines Denkforganismus ausgetrocknet hat. Der Gang der Ereignisse kann uns das Gewicht einzelner Tatsachen anders einschätzen lassen als vorher, er kann aber, sofern wir nur noch etwas sozialistisches Denken uns bewahrt haben, nicht eine soziale Erkenntnis auslöschen, der die Erforschung der ganzen Entwicklung der Kultur zugrunde liegt. Wo er diese Wirkung hat, da wird die Erkenntnis überhaupt nicht tief eingedrungen, da tritt Strohofer an die Stelle von Strohofer. Das mag sich Konrad Haenisch ins Stammbuch schreiben, und merken mögen es sich alle, denen die von ihm gepredigte neue Weisheit in etwas weniger unerbürter Gestalt beizubringen versucht wird. Nicht das Ereignis einer Stimmung, die der Tag zeitigte, sondern das Ergebnis tiefgreifender Geschichtsfenntnis ist der Anspruch unererbter unvergänglich Jean Jaurès: „Ein wenig Patriotismus entfernt von der Internationale, viel Patriotismus führt zur Internationale zurück.“ Der Tag wird kommen, wo diejenigen als die besten Freunde des deutschen Volkes erkannt werden, die unentwegt an den Grundsätzen der Internationale festgehalten haben. (2)

Die Vorgänge in Griechenland. Zaimis Rücktritt.

Athen, 12. September. (W. T. B.) Neutermeldung. Zaimis ist zurückgetreten.

Genf, 12. September. (W. T. B.) Nach einer Habermeldung ist das gesamte Kabinett Zaimis zurückgetreten.

Die Neutermeldung teilt lakonisch mit, daß der griechische Ministerpräsident Zaimis zurückgetreten sei. Sonst fehlen noch Nachrichten über diesen Vorgang, und da das griechische Post- und Telegrammwesen jetzt völlig in den Händen der Ententemächte ist, wird man wohl kaum sobald die Möglichkeit haben, ein wahrheitsgetreues Bild von den letzten Ereignissen in Griechenland zu erhalten. Nach den ziemlich lückenhaften Berichten, die in den letzten Wochen aus Griechenland in die europäische Presse gelangten, kann man sich nur ein annäherndes Bild der gegenwärtigen Zustände in Griechenland machen.

Diese Zustände sind bekanntlich nach dem Eintritt Rumäniens in den Krieg besonders kritisch geworden. Von den Ententemächten wurde damals fieberhaft daran gearbeitet, Griechenland zum Anschluß zu bewegen, um der Armee Sarraills Bewegungsfreiheit nach Norden und Nordosten zu verschaffen. Der Versuch mißlang, obwohl er von einer starken Partei, an deren Spitze Venizelos steht, unterstützt wurde. Immerhin hatten die zum Krige drängenden Elemente mehrere Erfolge zu buchen. Der Chef des Generalstabes Dusanis und sein Gehilfe Metaxas, die gegen den Krieg waren, wurden ihrer Posten enthoben. Und in Saloniki kam es zu einem Aufstand, dessen Führer sich offen für die Ziele der Entente und die Notwendigkeit ihrer aktiven Unterstützung erklärten.

In dieser Situation sah das Ministerium Zaimis seine Aufgabe darin, durch fortgesetztes Entgegenkommen gegen die Forderungen der Ententediplomaten die Entscheidung nach Möglichkeit hinauszuziehen und zugleich den Anhängern Venizelos' den Boden unter den Füßen zu entziehen. Ob hierbei, wie in der Presse gemeldet wurde, Zaimis auch darauf ausging, den König allmählich für die Politik Venizelos' zu gewinnen, mag dahingestellt bleiben. Uns dünkt, daß es im gegenwärtigen Augenblick nicht mehr angeht, die griechischen Ereignisse allein unter dem Gesichtspunkt des Gegensatzes zwischen dem König und Venizelos zu beurteilen. Die Verhältnisse auf dem Balkan haben in den letzten Wochen eine so wesentliche Verschiebung erfahren, daß die Gegensätze in Griechenland selbst wesentlich gemildert werden durch die den Staatsmännern aller Richtungen gemeinsame Furcht, zu der „Neuordnung“ der Balkanverhältnisse nicht zugelassen zu werden, wenn sie jetzt keine klaren Entscheidungen treffen. Hierzu kommt freilich noch der ungeheure Druck, den die Ententemächte auf militärischem, wirtschaftlichem und politischem Gebiete auf Griechenland ausüben, um es mit Gewalt ihrem Willen gefügig zu machen.

Unter diesen Verhältnissen hängt die Beurteilung der durch den Rücktritt von Zaimis geschaffenen Lage davon ab, wer an seine Stelle tritt. Ist sein Nachfolger Venizelos, so ist die Lage klar und eindeutig, denn ein Ministerium Venizelos bedeutet wenn auch nicht unbedingt Krieg an der Seite der Entente, so jedenfalls volle Garantie gegen irgend welche Ueberraschungen von griechischer Seite gegen die Entente. Tritt aber ein anderer das Erbe von Zaimis an, so kann das unter den obwaltenden Verhältnissen nur bedeuten, daß die Gegner einer definitiven Entscheidung vorläufig noch die Oberhand behalten haben.

Der Druck der Entente.

Athen, 11. September. (W. Z. V.) Sabas. Die Untersuchung des Attentats wird tatkräftig fortgesetzt. Die Jaimis überreichte Verbalnote, die die Forderungen der Entente enthielt, war nicht in die Form eines Ultimatum gekleidet, aber trotzdem sehr kategorisch. Die Gesandten sind von der Aufrichtigkeit Jaimis überzeugt, dem sie von der Gefährlichkeit der geheimen Organisationen Mitteilung machten, die der Kontrolle der Regierung entgehen und eine Lage schaffen, aus der anarcho-justizistische Zustände hervorgehen. Die Tatsache, daß die Wunde eine Gefahr für die innere Lage Griechenlands bedeuten würde, wurde der Regierung vom Viererband schon lange vor den Ereignissen der vergangenen Nacht klar gelegt.

Bern, 11. September. (W. Z. V.) Wie „Temps“ meldet, sind die Vertreter der Entente in Athen mit der griechischen Regierung dahin übereingekommen, daß an Bord eines jeden griechischen Dampfers künftig Kontrolleure, die von England und Frankreich zu bezeichnen sind, mitfahren.

Der Anschlag gegen die französische Gesandtschaft in Athen.

Amsterdam, 12. September. (W. Z. V.) Nach einem tiefen Blatte erfährt die „Times“ aus Athen: Die griechischen Behörden hatten, da sie Aufschläge befürchteten, in der Nähe der französischen Gesandtschaft eine Wache von 120 Mann aufgestellt. Der Anschlag gegen das Gesandtschaftsgebäude soll aber so rasch durchgeführt worden sein, daß es nicht möglich war, die Täter zu verhaften. Der kommandierende Offizier und die 120 Soldaten der Wache wurden verhaftet.

Die russische Sommeroffensive 1916.

II. Aus den Kämpfen um Baranowitschi. Fester Abschnitt.

Aus dem großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

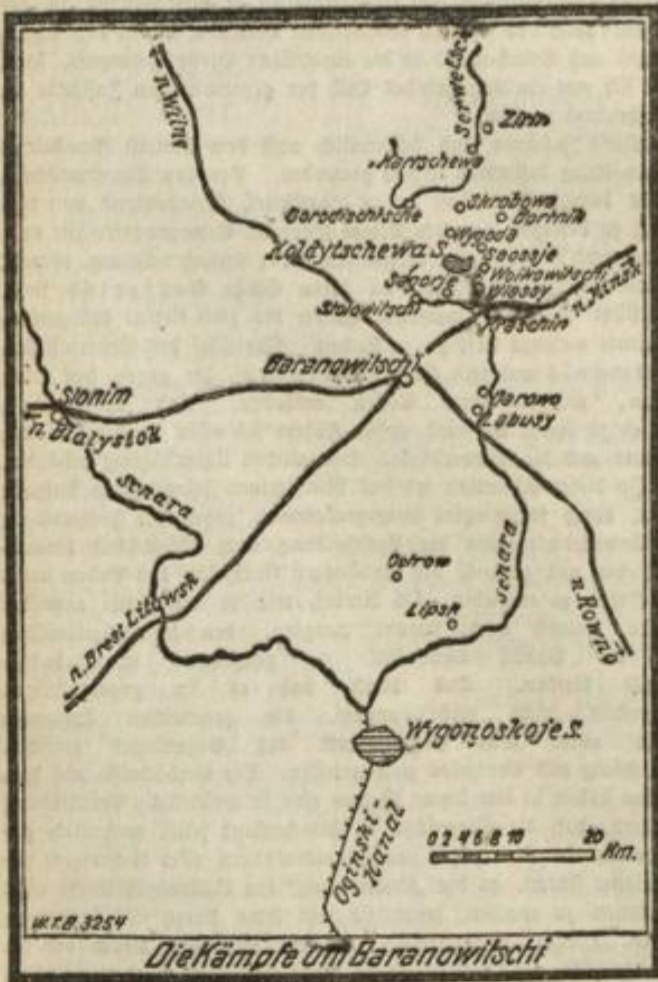
Anfang Juni hatte die russische Heeresleitung das Gewicht ihrer Menschenmassen in Bewegung gesetzt zu der einheitlich geplanten, groß angelegten Offensive mit den strategischen Zielen Baranowitschi—Kowel—Lemberg.

Während der Gang der Ereignisse den operativen Schwerpunkt über die Gegend von Luck zunächst auf den Durchbruchspunkt Kowel verlegte, ohne das politisch wichtige Ziel Lemberg aus dem Auge zu lassen, entwickelten sich auch an der Sitschawa- und Serwetsch-Front erbitterte Kämpfe, deren nächstes Ziel der wichtige Eisenbahnknotenpunkt Baranowitschi war.

Die zunächst fortschreitende Offensive über Luck schlug nach dem Einsetzen stärkerer deutscher Kräfte ein langsames Tempo an und kam dann zum Stillstand. Um diesen Zeitpunkt mag vielleicht für die russische Heeresleitung das ursprüngliche Ziel Baranowitschi einem weiter gelegenen Ziel gewichen sein: — etwa dem Gedanken eines strategischen Durchbruchs über Baranowitschi in Richtung West Litowol gegen den Rücken der Heeresgruppe von Linstingen. Unter dieser oder einer ähnlichen Annahme wäre die maßlose Erbitterung der russischen Angriffe am Sitschawa- und Serwetsch-Ufer, wäre der Einsatz so ungeheurer Opfer gegen Baranowitschi leichter erklärlich.

Brandenburg, polen- und schlesische Truppen, sowie österreichisch-ungarische Verbände halten unter Generaloberst v. Baurisch die Schlacht an Sitschawa und Serwetsch. Die Stellungen folgen im allgemeinen dem Laufe des Ljanski-Kanals, erreichen beim Wygonoskoje-See die Sitschawa, durchqueren das Gelände östlich Baranowitschi—Gorodischtsche und ziehen sich dann auf dem linken Serwetsch-Ufer nach Norden hin.

Etwa Mitte Juni setzte hier die russische Führung den ersten großen Angriff im strategischen Zusammenhang mit den Operationen im Gelände Luck—Kowel an.



Die Vorboten jeder großen Offensive trafen ein: Baranowitschi soll genommen werden — sagten Ueberläufer. Gefangene des Grenadierkorps erzählten auch von einem Armeebefehl des Zaren, der den Kampf Rußlands bis zum letzten Mann und die Eroberung Warschaws ankündigte.

Am 13. Juni brach das Unwetter los. Starkes Artilleriefeuer setzt ein gegen unsere Stellungen im Gelände von Stolowitschi und dehnt sich bald in nördlicher Richtung auf die österreichisch-ungarischen Gräben aus. Bald liegt der ganze Abschnitt Sagorje (östlich Stolowitschi)—Strobowa (östlich Gorodischtsche) unter heftigem Artilleriefeuer, dem Sturmstößen des Infanterieangriffs. Ueberläufer behaupten, der Feind wolle nach an demselben Tage angreifen, zwei Korps seien dicht hinter die Front heran-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, 12. September 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Kronprinz Rupprecht von Bayern.

Beiderseits der Somme sind feindliche Angriffsabsichten im allgemeinen durch Sperrfeuer vereitelt worden. Im Fourcauz- und im Lenge-Walde veruchten die Engländer vergeblich, im Handgranatenkampf Boden zu gewinnen. Das Dorf Ginchy fiel gestern früh in die Hand des Feindes. Der Artilleriekampf wird mit Heftigkeit fortgesetzt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nördlich von der Stara Czerwiszeze brach ein mit starken Massen geführter Angriff unter schweren Verlusten vor unseren Hindernissen zusammen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpaten wurden feindliche Angriffe in Gegend der Babaludowa an der Cimbroslawa Wl. und am Capul abgeschlagen, im Gegenstoß an der Cimbroslawa Wl. 170 Gefangene gemacht.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Die unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Mackensen stehenden deutschen und bulgarischen Kräfte setzten ihren Vormarsch in der Dobrutza fort.

Au der mazedonischen Front lebhafteste Artilleriekämpfe im Bardagebiet und für die bulgarischen Truppen erfolgreiche Gefechte am Struma.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 12. September 1916. (W. Z. V.) Amlich wird verlautbart:

Westlicher Kriegsschauplatz.

Front gegen Rumänien.

Lage unverändert.

Heeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

In den Karpaten dauern die Kämpfe an. Alle Angriffe, die der Feind gegen unsere Stellungen nördlich des Goldenen Bistritztales und im oberen Czeremedziate richtete, blieben erfolglos.

Sonst in Ostgalizien keine Ereignisse.

Heeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Am unteren Sitschob veruchte der Gegner, mit dichten Massen unsere Linien zu durchbrechen. Er wurde unter für ihn schwersten Verlusten abgewiesen.

Au den übrigen Frontteilen mähtiges Artilleriefeuer.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Au der Front zwischen dem Sitsch- und Altschtales wiederholten die Italiener ihre Angriffe gegen den Abschnitt Monte Spil—Monte Rajo; sie wurden überall unter empfindlichen Verlusten abgewiesen.

Im Küstenlande hat die Artillerietätigkeit im Abschnitt der Karstschlucht zugenommen.

Südbölicher Kriegsschauplatz.

Bei den I. und I. Truppen keine Veränderung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: von Huefer, Feldmarschalleutnant.

Ereignisse zur See.

In der Nacht vom 11. auf den 12. September hat ein Seeflugzeuggeschwader die Luftschiffhalle in Gessi, Bahnhofsanlagen von Falconara und Abwehrbatterien von Ancona angegriffen. In der Halle wurden mehrere Volltreffer erzielt. Die Flugzeuge wurden von Abwehrbatterien beschossen, kehrten jedoch alle unverfehrt zurück.

Flottenkommando.

gezogen. Rasendes Artilleriefeuer scheint ihre Aussagen zu bestätigen. Auf unsere Gräben westlich Wassy allein wirkt der Gegner 12 000 Schuß. Nach etwa zwölfstündiger Artillerievorbereitung bricht der Angreifer gegen Abend in mehreren Wellen über die Linie Kraschin—Wolkowitschi vor. Siebenmal treibt er seine Sturmwellen gegen die teilweise erheblich beschädigten Gräben vergeblich an. Weder das zwölfstündige Trommelfeuer, noch siebenmaliger Angriff, noch seine Begleitung durch belgische Panzerautomobile erschüttern das Selbstvertrauen des Verteidigers. Aus den erschossenen Gräben werden die sieben Sturmangriffe restlos abgeschlagen. Der deutschen Artillerie und den westlich des Koldischewo-See stehenden österreichisch-ungarischen Batterien gebührt die Anerkennung entscheidender Mitwirkung bei der Abwehr der Angriffe. In die unter schwersten Verlusten zurückflutenden Grenadiere der 1. und 2. Grenadier-Division feuert die russische Artillerie ihr Strafgericht. Die Einnahme von Baranowitschi ist unmöglich.

Im Morgengrauen versucht der Russe sein Glück noch einmal. Sein Vorgehen beiderseits der Bahn Kraschin—Baranowitschi sowie bei Wogoda und Birin gegen die Stellungen unserer Verbündeten bleiben erfolglos. Die russische Artillerie mag am 13. und 14. 6. gegen den ganzen Angriffsabschnitt etwa 30 000 Schuß verfeuert haben. Sie beschädigte unsere Gräben, sie zerstörte die mühsame Arbeit vieler Monate — sie beugte aber nicht den Geist der Truppe; das beweisen etwa 6000 tote und Verwundete, die der zurückweichende Angreifer nach sieben vergeblichen Sturmversuchen Regen lassen mußte. Ueberläufer gaben einige Tage später die Verluste des Grenadierkorps auf 8000 bis 10 000 Mann an. Den Grenadiere war der Angriffsbefehl erst am Morgen des 13. Juni bekannt gegeben worden. In gedrückter Stimmung hatte ihn die Truppe aufgenommen. Sie wußte, was ihr bevorstand. Sie hatte Erfahrung gesammelt in russischer Angriffsmethode und deutschem Verteidigungsfuer.

Der völlige Zusammenbruch des Grenadierkorps hatte seine eindrucksvolle Wirkung auf die russische Führung wohl nicht verfehlt. Jedenfalls wurde ein für den 14. Juni geplanter nochmaliger Massenangriff durch Gegenbefehl zunächst aufgehoben. Einige Tage verhältnismäßiger Ruhe traten ein.

Fliegerangriffe auf Kottweil und Saarburg.

Berlin, 12. September. (W. Z. V.) Am 9. September 1916 abends erschien ein feindlicher Flieger, anscheinend verirrt, in der Gegend von Kottweil und warf drei Bomben, die, ohne Schaden anzurichten, auf unbebautes Land fielen. Ebenso erfolglos blieb ein am 10. September 1916 unternommener Angriff mehrerer Flugzeuge auf die militärisch bedeutungslose Stadt Saarburg.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 11. September nachmittags. (W. Z. V.) Südlich der Somme unternahm die Deutschen während der Nacht eine Reihe von Angriffen auf verschiedene Stellen der neuen französischen Front von Vermy bis in die Gegend südlich von Chaulnes. Fünf Angriffe wurden vom Gegner ausgeführt. Bei mehreren wurden brennende Flüssigkeiten geschleudert. Überall wurden die heranstürmenden Truppen durch das Feuer der Artillerie und Maschinengewehre, das ihnen ernste Verluste beibrachte, in ihre Ausgangsgräben zurückgeworfen. Die Nacht war auf den übrigen Teilen der Front ruhig.

Flugwesen: In der Nacht vom 9. zum 10. September besetzten französische Flugzeuge bedeutende Militärwerkstätten im Süden von Brügge mit 80 großkalibrigen Bomben. Die Beschießung, die aus einer Höhe von vier- bis achthundert Meter ausgeführt wurde, war sehr wirksam. In derselben Nacht wurden 104 Granaten auf Lagerplätze und Munitionsaufbewahrungslager südlich von Somme-By geworfen. Es wurden beständige Explosionen festgestellt. Ein Flugzeuggeschwader beschloß die Kasernen und den Flugplatz von Saarburg mit 20 großkalibrigen Bomben, die gut ihr Ziel trafen und bedeutenden Schaden anrichteten.

Orientarmee. An der Strumafont überschritten die Engländer den Fluß in der Höhe des Dorfes Orisal unter feindlichem Feuer und griffen die Dörfer Revollon und Karakalou auf dem linken Ufer an, wo der Gegner sich mit Erbitterung verteidigt. Von der Gegend westlich des Barbar bis zum Dojransee beschloß die französische Artillerie heftig die bulgarischen Stellungen und führte ein wirksames Feuer gegen die feindlichen Batterien aus. Von der Front der türkischen Armee meldet man ein neues Zurückweichen der bulgarischen Vorposten.

Vom 11. September abends. (W. Z. V.) Außer ziemlich heftigem Artilleriekampf südlich der Somme in den Abschnitten von Vermy, Vermandovillers und Chaulnes ist von der gesamten Front kein wichtiges Ereignis zu melden.

Belgischer Bericht: Ruhe an der belgischen Front.

Die englische Meldung.

Vom 11. September nachmittags. (W. Z. V.) Zwei weitere feindliche Gegenangriffe bei Ginchy wurden zurückgeschlagen. Zwischen Reuville—St. Vaast und dem La Voissee-Kanal drangen wir an verschiedenen Punkten in die feindlichen Laufgräben ein und machten einige Gefangene.

Vom 11. September abends. (W. Z. V.) Die Lage südlich der Ancre ist unverändert. Bei Ginchy festes Handgemenge.

Englischer Bericht von der Salonifront vom 11. September. (W. Z. V.) Unsere Abteilungen, die gestern die Struma überschritten hatten, sind über den Neoboritsch und einige Dreikastel aufwärts vom Zabinosee vorgezogen. Nach kräftigem Widerstande vertrieben wir den Feind aus den Dörfern um Droornan östlich von Vagratormah und vom oberen und unteren Dubel und aus Revollon. Feindliche Gegenangriffe wurden abgewiesen.

Der russische Kriegsbericht.

Vom 11. September nachmittags. (W. Z. V.) Westfront: Die Lage ist unverändert. — Kaukasusfront: Die erbitterten Kämpfe in der Gegend von Dagnut wurden am 9. und 10. September fortgesetzt. Am 9. September nahmen wir vier türkische Offiziere und 240 türkische Soldaten gefangen und erbeuteten ein Maschinengewehr, eine Haubitze und zwei Kanonen. Da es unmöglich war, sie fortzuführen, wurden sie von einem Heften in die Tiefe gestürzt. In der Richtung auf Sakkia besiegten unsere Truppen nach Kampf die Stadt Dana (?). Sie verfolgen den Feind.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 11. September. (W. Z. V.) In der Gegend zwischen dem Grandtale und dem Oberlauf des Pofinabaches nahm unsere Infanterie nach Artillerievorbereitung, die durch dichten Nebel behindert war, die starke Verzögerung im Grunde des Peintales im Sturm und vollendete die Eroberung der nach dem Kampfe vom 7. September in der Hand des Feindes gebliebenen Gräben zwischen dem Monte Spil und dem Monte Corno. Ebenso machten wir im Gelände nördlich vom Calubiojssel und im oberen Pofinatal an den Südhängen des Corno del Coston Fortschritte. An der übrigen Front Artilleriekämpfe. Unsere Batterien zerstörten militärische Magazine in der Nähe von San Florio nördlich von Rovereto. Feindliche Batterien gaben einige Schüsse auf Caprile (Cordero-etal) und Corina d'Ampezzo (im Voltetal) ab, ohne Schaden anzurichten. Ein feindlicher Flieger warf eine Bombe auf Sondrio, verletzte jedoch niemanden und richtete keinen Schaden an.

Das englische Flugwesen.

Haag, 11. September. (Z. N.) Reuters gibt einen Artikel Edward Price Bell in der „Chicago Daily News“ wieder, der das englische Flugwesen und seinen raschen Aufschwung während des Krieges behandelt. Zu Beginn des Krieges habe das gesamte englische Flugwesen aus 6 Geschwadern mit 80 Flugzeugen, 250 Offizieren und 100 Mann bestanden. Jetzt aber habe England Hunderte von Fliegeroffizieren, Tausende von Flugzeugen und Tensende von Luftschiffmechanikern. Während vor dem Kriege jährlich kaum 1 Million Pfund für den Flugdienst ausgegeben worden seien, betragen jetzt die Ausgaben mehrere Millionen und es sei mindestens ein Kapital von 40 Millionen Pfund für den Fliegerdienst verwendet worden. Zu Beginn habe England hinsichtlich des Fliegerdienstes Deutschland übertrroffen. Nach einem Jahre habe es Deutschland kraft seines außerordentlichen Organisationstalents fertiggebracht, die Engländer zu überflügeln oder sie doch wenigstens einzuholen. Kurz darauf aber habe England wieder die Vorderrückheit in der Luft erobert. England kenne keine Fliegergrößen wie Immelmann und Voelcke, aber das sei auch nicht seine Absicht. Dagegen habe es eine große Anzahl tüchtiger Flieger. Angehlich sei auch die Stabilitätsfrage gelöst, und ein Flugzeug, das sein Gleichgewicht verlor, richte sich automatisch wieder auf, wodurch die Aufgabe des Flugzeuglenkers stark erleichtert werde. Englische Flieger hätten insgesamt mehr als eine Million Meilen in den feindlichen Linien zurückgelegt.

Der britische Gewerkschaftskongress gegen einen internationalen Kongress.

In der Nachmittagsitzung des Birminghamer Gewerkschaftskongresses am 5. September führte die Einladung der American Federation of Labour, an einem internationalen Gewerkschaftskongress teilzunehmen, der zu gleicher Zeit und am gleichen Ort wie der Friedenskongress der Staaten stattfinden solle, zu einer langen und bewegten Verhandlung. Das parlamentarische Komitee des Gewerkschaftskongresses hatte die Annahme empfohlen. Ueber die Debatte entnehmen wir dem ausführlichen Bericht der „Times“ folgende Einzelheiten:

M. Thorne, Unterhausmitglied und selbst ein Mitglied des parlamentarischen Komitees, sprach gegen den Antrag. Er würde einen Arbeiterkongress der alliierten Länder und aller Neu-

trafen willkommen heißen, aber es wäre widersinnig, Delegierte aus Deutschland, Oesterreich, Türkei und Bulgarien auf einem Kongress zu haben, der „unseren“ Bevollmächtigten auf dem Friedenskongress Ratsschläge zu geben hätte. Er glaube, daß sich 90 Prozent der Bevölkerung Englands gegen eine Regierung stellen würden, die versuchen würde, Friedensbedingungen aufzustellen, bevor der letzte Deutsche aus Belgien und Frankreich verjagt sei.

C. G. M m o n . Delegierter des Kongresses zum amerikanischen Kongress in San Francisco, mahnte den Kongress, sich nicht von Vorurteilen leiten zu lassen. Der amerikanische Gewerkschaftsbund habe gemeint, daß der internationale Kongress die Vertreter aller kriegsführenden Nationen vereinigen müsse, um über die Mittel zu beraten, eine solche Tragödie in der Zukunft unmöglich zu machen. Der Kongress möge daran denken, daß, wenn der Krieg vorüber sei, der deutsche Arbeiter gleich dem britischen seine Arbeit zu verrichten habe, und daß der eine finden würde, daß seine Leiden ebenso gewachsen seien wie die der anderen. Die deutschen Arbeiter seien für die Katastrophe, die über die Welt gekommen sei, nicht mehr zu tadeln als die britischen Arbeiter. (Beifall und Lärm.)

J a d J o n e s (Fabrikarbeiter) sagte, die deutschen Sozialisten, die auf die englischen Gewerkschaftslongreffe gekommen seien, hätten versprochen, gegen die Kriegskredite zu stimmen, aber sie hätten einstimmig dafür gestimmt. Sie einzig hätten die Internationale verkauft. Unter der Enschuldigung, sich selbst vor der Inflation zu schützen, hätten sie sich zur Inflation bei anderen entschlossen. Er sei als Ire kein Imperialist, aber er ziehe den Teufel, den er kenne, dem unbekanntem Teufel vor.

G i l l (Scherfsmacher) ging zunächst auf die positiven Schwierigkeiten ein. Die Gewerkschaften der Zentralmächte hätten den Zweifel ausgesprochen, ob unter den bestehenden politischen Einschränkungen die Abhaltung einer Konferenz möglich sei. Weiter aber seien sie der Meinung, daß ihr direkter Einfluß von keinem Gewicht sein werde. Trotzdem sei eine Konferenz ratsam, wo die Arbeiterschaft ihre Meinung über die notwendigen Friedensbedingungen ausspreche.

M e K e r r e l l (Vergarbeiter-Verein) fragte, ob die deutschen Sozialisten, die auf die Konferenz kommen würden, nicht dieselben seien, die der Kaiser nach Belgien geschickt habe, um das belgische Volk zu überreden, die deutsche Herrschaft willkommen zu heißen und fragte weiter, ob man glaube, daß die belgischen Arbeiter und die französischen Vergleute, deren Frauen und Töchter weggeführt worden seien, auf einer solchen Konferenz erscheinen würden. Wenn ja, versprache das eine reizende, harmonische Versammlung.

E. R o b e r t s (Unterhausmitglied) sprach im gleichen Sinn. Er glaube aber an keine Umkehrung in der deutschen Arbeiterschaft. Die deutschen Sozialisten glauben wie das deutsche Volk im ganzen an den Militarismus als ein Mittel der Weltbeherrschung. Ein Vorschlag wie der eingebrachte bedrohe die britische Arbeiterbewegung mit einer Spaltung, die Generationen dauern würde. Die Deutschen schämen sich nicht als die Kraft und die brutale Gewalt, und nichts anderes wird sie dazu bringen, ihre Verbredchen zu fügen.

S h a n (Weber), **D e v i n** (Dockarbeiter) befürworten die Resolution.

Zum Schluß wurde der Antrag, die Empfehlung des parlamentarischen Komitees abzulehnen, mit 1486 000 gegen 723 000 Stimmen angenommen.

Die „Times“ begrüßt diesen Beschluß, der die deutsche Sozialdemokratie nicht erfreuen werde. — Zweifellos, erfreulich ist der Beschluß nicht, aber er ist keine Ueberraschung. Denn wenn die britischen Gewerkschaften im Kampf für gesellschaftlichen Arbeiterschutz die Vorkämpfer des europäischen Proletariats waren, so haben sie, sowohl was die Klarheit ihres sozialistischen Denkens, wie die internationale Solidarität in Begriff und Praxis anlangt, von jeher eine Rückständigkeit gezeigt, die sich am deutlichsten in der Schwächlichkeit ihrer politischen Organisation ausdrückt. (z)

Teuerung in England.

Fast täglich beschäftigt sich jetzt die englische Presse mit der Steigerung der Lebensmittelpreise und ihren Gründen. Man hört von Weizencorners in England selbst und schiebt ihnen die Schuld an der Erhöhung der Mehl- und Brotpreise zu. In Wirklichkeit dürfte die Ursache jedoch ganz wo anders liegen, und in einem außerordentlich scharfen Artikel gegen das englische Handelsamt in dem Organ der Britischen nationalen sozialistischen Partei, „Justice“, wird einiges darüber mitgeteilt.

Dem Board of Trade (Handelsamt) wird darin der Vorwurf gemacht, daß es ausschließlich kapitalistische Interessen wahrnehme, daß nichts für das Volk geschehe. Die kapitalistische liberale Politik des Handelsamts, sowohl unter der Leitung von Runciman wie unter der von „Lulu“ Harcourt, sei in hohem Maße verantwortlich für die gestiegenen Kosten der Lebenshaltung während des Krieges, weil es übertriebene Profite als eine viel zu heilige Sache angesehen habe, als daß man sie im Interesse des Volkes angreifen könnte.

Vor allen Dingen war das in bezug auf die Schifffahrt der Fall. Das Gerücht über „Corners“ in England ist zum guten Teil Unsinn. Die Corners sind in Chicago. Aber ihren Wirkungen hätte begegnet werden können, wenn die Regierung ebenso wie die Schiffe für Kriegszwecke, auch die Schiffe für die Verbessehung von Lebensmitteln beschlagnahmt hätte. Statt dessen hat das Board of Trade müßig zugehört, wie Schiffseigentümer eine Anzahl Schiffe zu kolossalem Preise an Neutrale verkauft haben. Erst ganz vor kurzem, als es fast zu spät war, ist der Verkauf von den für das Land notwendigen Schiffen verboten worden. „Justice“ erklärt, daß es bereits vor zwei Jahren nötig gewesen wäre den Schiffverkauf zu verhindern.

Wenn genügend Schiffe vorhanden gewesen wären, um unter der Kontrolle der Regierung und zu vernünftigen Frachtsätzen Weizen aus Argentinien zu bringen, dann wäre der „Corner“ in Chicago gebrochen worden. Ein solches Vorgehen würde aber auch Fälle verhindert haben wie den von zwei Raifcargos von River Plate nach Bristol, bei denen der Wert der Ladung in einem Fall 18 820 und die Fracht 50 447 Pfund Sterling betrug, im andern Fall kostete die Ladung 17 104 und die Fracht 42 882 Pfund Sterling. Bei den enormen Frachtpreisen kann es wohl sein, daß der dadurch allein entstandene Mehrpreis auf den Vierpfund-Vollkorn 4 Pence = etwa 83 Pf. ausmacht.

Es ist nun eine Untersuchungskommission eingesetzt worden unter dem Vorsitz von John R. Robertson, dessen besondere Eignung für den Posten von „Justice“ allerdings lebhaft bestritten wird. Die Untersuchung wird vermutlich einige Zeit in Anspruch nehmen, und mittlerweile testet Mr. Harcourt das Volk, besonders die schlechtbezahlten Arbeiter, mit dem — vor längerer Zeit auch in Deutschland gern angewandten — Argument, daß hohe Preise sehr wohlthätig seien, weil sie dazu führen, den Verbrauch einzuschränken und so zur Sparfamkeit erzwingen.

Eine gründliche „Auslebung“ des Handelsamts wird schließlich gefordert. Es müsse ein vollkommener Wandel geschaffen werden, und das sei die Aufgabe der Arbeiterpartei. Diese dürfe die Angelegenheit nicht in parlamentarischen Komitees allein behandeln lassen, damit sie nur der Regierung in die Hand und erschütterte das Vertrauen der Arbeitermassen in die parlamentarische Aktion. Das Bane die „Labour Party“ nicht riskieren, weniger

zum ihrer selbst Willen, als um der Interessen der arbeitenden Klassen willen, deren Vertretung der einzige Grund ihrer Anwesenheit im Parlament sein sollte.

Dazu ist allerdings notwendig, daß die parlamentarische Arbeiterpartei in eine entschiedene Opposition gegen die Regierung eintritt. Und ob sie sich nach zwei Jahren getreulich eingehaltenem Burgfrieden dazu aufrafft, das erscheint uns doch nicht ganz sicher. Herr Henderson, der Berater der Regierung in Arbeiterfragen, wird von diesem Vorschlag jedenfalls nicht allzu erbaudt sein. (z)

Englisch-schwedischer Notenaustausch.

Kopenhagen, 12. September. (B. T. V.) „Nationaltidende“ meldet aus Stockholm: Der letzte Notenaustausch zwischen Schweden und England wegen der schwedischen Anhaltung der englischen Durchgangspost ist gestern abend veröffentlicht worden. Es geht daraus hervor, daß England von neuem die Forderung aufstellt, die von Schweden bereits im Juli zurückgewiesen wurde, nämlich, daß der ungehinderte Durchgang der englischen Postpakete durch Schweden durchaus die Voraussetzung für jede Abmachung zwischen den beiden Ländern sein müsse. — „Kontinentalen“ erklärt, daß die amtliche Veröffentlichung nicht zu Erörterungen einlade, da die Angelegenheit jetzt in eine Sachfrage geraten zu sein scheint, aus der sie nicht leicht herauszubringen sei. — „Aha Dagligt Allehanda“ betont, daß die englische Forderung zu einem Zeitpunkt erhoben werde, wo selbst Nordamerika zu kräftigen Maßnahmen greifen müsse, um England zu veranlassen, die Rechte der Neutralen zu achten. — „Kontinentalen“ erinnert daran, daß Schweden bereits am 24. Juli die englische Forderung zurückgewiesen habe mit der Begründung, daß England volle Handlungsfreiheit fordere, Schweden daher die gleiche Freiheit für sich in Anspruch nehmen müsse. Das Blatt ist der Ansicht, daß Schweden an diesem Standpunkt festhalten werde.

Eine internationale Vereinigung zum Schutze des Privateigentums.

In der Schweiz ist ein „Internationaler Verein zum Schutze des Privateigentums“ mit dem Sitze in Zürich gegründet worden. In der am 4. September im Hotel Bellevue abgehaltenen Versammlung waren Angehörige beider kriegsführender Mächtegruppen in bester Harmonie beisammen. Von den verschiedenen besprochenen interessanten Fragen sei hervorgehoben die Anregung, im Laufe des kommenden Winters eine internationale Konferenz einzuberufen, um auf den Friedenslongreß hin privatrechtliche Fragen abzuklären bzw. um zu ermitteln, was zu tun ist, um solche Privatinteressen geeigneter Beachtung zu empfehlen, die aus Humanität und Rechtsgleichheit schützenswürdig erscheinen. Beachtenswert ist, daß die Vereinsbestrebungen bei allen kriegsführenden Staaten sympathische Aufnahme finden.

Nichts ist so bezeichnend für die Internationalität des Kapitals, meint das Züricher „Volkrecht“ dazu, als diese internationalen Verbündungsorganisation „zum Schutze des Privateigentums“. (z)

Der internationale sozialdemokratische Jugendtag in der Schweiz.

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Das Sekretariat der schweizerischen sozialdemokratischen Jugendorganisation hatte monatelang agitiert für die großartige Gestaltung der auf den 8. September festgelegten internationalen sozialdemokratischen Jugendorganisation für Frieden und proletarische Solidarität. Die Partei und die Gewerkschaften unterstützten die Jugendgenossen bei ihren Vorbereitungen, und nun wandten auch die bürgerlichen Parteien und Zeitungen der geplanten Kundgebung ihre intensivste Aufmerksamkeit zu und forderten von den Behörden das Verbot der geplanten Demonstrationen. Einige überflüssige Vorkommnisse anlässlich der letzten Demonstrationen in Zürich gegen Teuerung und Lebensmittelmangel mühten den gefassten Vorwand für das reaktionäre Gesetz abgeben, und in der Tat erwiesen den Reaktionen der Bundesrat und Kantonsregierungen den Gefallen und verboten die Demonstrationen. Das im August 1914 erlassene bezügliche allgemeine Verbot, das aber gegen Kundgebungen gerichtet ist, die die Neutralität der Schweiz verletzen könnten, hat dazu die Handhabe, obwohl es nicht zu diesem Zwecke vor zwei Jahren erlassen wurde. Zur Durchführung des Verbots wurden allerorten, wo Versammlungen stattfanden, Polizei und Militär aufgeboten. Es fanden an 129 Orten Versammlungen mit insgesamt 85 000 bis 40 000 Teilnehmern statt und wurden 82 neue Jugendorganisationen gegründet, für circa 20 000 Franz sozialistische Literatur verkauft. Auf Demonstrationen wurde notgedrungen verzichtet, wozu auch die leitenden Organe der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, des Gewerkschaftsbundes und der sozialdemokratischen Fraktion der Bundesversammlung durch einen in der Parteipresse veröffentlichten Aufruf aufgefordert hatten.

Im Züricher Kantonsrat ist der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion auf Aufhebung des Demonstrationsverbots mit 120 bürgerlichen gegen 31 sozialdemokratische Stimmen abgelehnt worden. Die beiden Parteilager waren wieder einmal bis auf den letzten Mann voneinander reinlich geschieden. (z)

Kundgebung der sozialistischen Jugend in Italien.

Rom, 11. September. (B. T. V.) Siesani. Sonntag wurde ein Buchdrucker namens Morara und der Sekretär der Vereinigung „Sozialistische Jugend Italiens“ Marinotti verhaftet, die in Verbindung mit anderen Sozialisten und im Einverständnis mit dem Bureau der Internationalen Sozialistischen Jugend in Zürich für den 21. September in Italien und zu gleicher Zeit in den anderen Ländern Kundgebungen vorbereitet hatten. 50 000 Exemplare eines antimilitaristischen Manifestes, das zur Verteilung an die Soldaten an der Front bestimmt war, wurden beschlagnahmt. Die Verhafteten wurden der Militärbehörde übergeben.

Bauernunruhen in Italien.

Ein Telegramm des „Vol.-Anz.“ aus Lugano meldet: In Molochio in Kalabrien hat, wie „Secolo“ berichtet, am 3. September eine Revolte der Landbevölkerung stattgefunden. Die Menge betraf das Gemeindehaus mit Steinen. Als darauf militärische Verstärkung herangezogen wurde, wiederholten sich die Unruhen am nächsten Tage und die Menge versuchte, das Gemeindehaus in Brand zu stecken. Hierauf machte die bewaffnete Macht von ihren Waffen Gebrauch. „Secolo“ sagt nicht, wieviele erschossen wurden. Der Minister des Innern habe angeordnet, der nothleidenden Bevölkerung Unterstützungen zu senden.

Ein weiteres Telegramm desselben Blattes ergänzt diese Meldung:

Während die Arbeiterbevölkerung der Industriestädte in den Kriegsindustrien Beschäftigung findet, nimmt das Elend unter der Landbevölkerung immer erschreckendere Formen an und droht, sich in Gewaltausbrüchen Luft zu machen. Am schlimmsten ist die Lage in Süditalien. Wie „Secolo“ berichtet, fand gestern in Rom eine Versammlung von Deputierten, Gemeinde- und Provinzialräten und Grundbesitzern von Apulien statt, um die Regierung zur Ausführung der von ihr bereits beschlossenen Hilfsaktion für Apulien zu veranlassen, da ein großer Teil der Felder von den Eigentümern aus Mangel an Mitteln unbestellt bleiben müssen.

Die Zwangsaufgabe in Brüssel.

Brüssel, 11. September. (B. T. V.) Wegen der Straßenunbegabungen, die am belgischen Nationalfeiertage, dem 21. Juli, bei der Abfahrt des Kardinals Mercier an der Gubula-Straße in Brüssel stattgefunden hatten, war der Stadt Brüssel eine Zwangsaufgabe von 1 Million Mark auferlegt worden. Nach holländischen Blättermeldungen soll die Auflage späterhin wieder erlassen worden sein. Dies ist unzutreffend, vielmehr haben sämtliche 16 Gemeinden von Groß-Brüssel die auf sie entfallenden Beiträge ordnungsgemäß bezahlt. Als letzte hat die Gemeinde Ukel, der die Bezahlung ihres Beitrages wegen der schlechten Finanzlage vom Gouverneur von Brabant gestundet war, am 30. August ihren Anteil entrichtet.

Schaffung eines Finanzrats in Rußland.

Kopenhagen, 12. September. (B. T. V.) Nach einer Meldung der „Nationaltidende“ aus Petersburg ist vor einiger Zeit ein Finanzrat errichtet worden, der die wirtschaftliche und finanzielle Politik Rußlands gemeinsam mit der Regierung leiten soll. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf den Außenhandel, das ausländische Kapital in Rußland, die Entwicklung der Verkehrsmittel, der Landwirtschaft und der Industrie, Regelung des Binnenhandels, Ausnutzung der Naturschätze des Landes und Bearbeitung aller wirtschaftspolitischen Angelegenheiten.

Vom Rußland in Niederländisch-Indien.

Amsterdam, 12. September. (B. T. V.) Ein hiesiges Blatt meldet aus Betebeben vom 11.: Eine Patrouille hat in Djambi 18 Rußlandische getötet und 21 gefangen genommen. Die Rußlandischen versuchten die Garnison von Telok Pandjang (?) ins freie Feld zu locken und den Platz zu besetzen, aber der Anschlag ist mißglückt. In allen anderen Distrikten ist es ruhig. Wie daselbstes Blatt meldet, haben sich in Mitteljava vier sehr heftige Erbeerschütterungen in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag ereignet. Der Schaden sei ziemlich bedeutend.

Sang, 12. Septbr. (B. T. V.) Antlich. Nach einem Telegramm des Generalgouverneurs von Niederländisch-Indien wurde Oberst Kroesen in Batavia beauftragt, die Leitung der militärischen Operationen in Djambi zu übernehmen. Heute ging noch eine Kompanie Infanterie und eine Abteilung Genietruppen dorthin ab.

Der „Telegraaf“ meldet, daß jetzt im ganzen 1200 Mann Truppen in Djambi stehen.

Letzte Nachrichten.

Die Vorgänge in Griechenland.

Athen, 12. September. (B. T. V.) (Meldung des Reuterschen Bureau.) Die Demission des Ministerpräsidenten Jaimis ist offenbar angenommen worden; sie wurde aber noch nicht amtlich verlautbart.

Wien, 12. September. (B. T. V.) Die „Politische Korrespondenz“ meldet: Nach einer dem Ministerium des Reichens zugewandenen Mitteilung bestätigt sich, daß der der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Athen zugewiesene Legationssekretär Karl Freischer von Freudensthal auf einer Automobilfahrt in der Umgegend von Athen verhaftet und auf die englische Gesandtschaft gebracht worden ist. Auf Einspruch der griechischen Regierung ist Freischer von Freudensthal nach kurzer Zeit wieder freigelassen worden.

London, 12. September. (B. T. V.) „Daily Mail“ meldet aus Athen, daß die Annahme, daß der Vorkfall bei der französischen Gesandtschaft die guten Beziehungen zwischen Griechenland und den Alliierten fördern würde, unbedeutend sei und auf einer falschen Auffassung der politischen Lage beruhe. Die Besserung der Beziehungen gehe daraus hervor, daß die griechische Regierung in den letzten Tagen selbst mit dem Vorschlag einer Teilnahme am Kriege unter gewissen Voraussetzungen zu den Alliierten gekommen sei. Der Korrespondent der „Daily Mail“ erfährt, daß dem griechischen Gesandten in Paris und wahrscheinlich auch dem in London mitgeteilt wurde, daß Griechenland die Frage der Bedingungen beiseite lassen müsse, wenn es mit der Entente gehen wolle. Munition und Ausrüstung würden der griechischen Armee zur Verfügung gestellt werden. Im übrigen aber würde Griechenland auf einen Vertrag verpflichtet werden und sich auf die Gerechtigkeit und den Ekelmut der Alliierten verlassen müssen. Der Korrespondent glaubt bestimmt, daß die Führer der liberalen Partei die Beteiligung Griechenlands am Kriege auf dieser Basis in Erwägung ziehen.

Der bulgarische Generalstabsbericht.

Sofia, 12. September. (B. T. V.) Der bulgarische Generalstab berichtet unter dem 12. September:

Rumänische Front: Am Donauufer herrscht Ruhe. Das Vorrücken unserer Truppen in der Dobrudscha dauert fort.

Mazedonische Front: Gestern, am 11. September, in der Gegend des Ostrovo-Sees schwaches Artilleriefeuer und Patrouillenkämpfe. Im Moglena-Gebiet hat der Segner mit kleinen Abteilungen angegriffen, wurde jedoch überall durch Feuer abgewiesen. Im Wardar-Tale und bei Dojran lebhaftes Artilleriefeuer. Beim Bulfovo-See sind zwei italienische Kompagnien mit Maschinengewehren sowie eine Eskadron in Richtung auf Dorf Duffovo-Djumja vorgezogen, wurden jedoch durch einen kühnen Gegenangriff unserer Truppen zersprengt. Es wurden dreißig Italiener gefangen. Dies ist unser erster Zusammenstoß mit Italienern. Im Strumatala hat der Segner in dem Kampfe am 10. September bei den Dörfern Nevolen und Kardzikoef sieben Offiziere und gegen hundert Mann an Toten verloren. Es wurden viele Gewehre, Tornister, Munition und anderes Kriegsmaterial, welches der Feind in seiner panikartigen Flucht weggeworfen hatte, erbeutet. In diesem Kampfe wurden zwei schottische Offiziere und hundert Engländer gefangen.

An der ägäischen Küste kreuzt die feindliche Flotte. Unsere Wasserflugzeuge haben die feindliche Flotte im Hafen von Kawaia erfolgreich angegriffen.

Vom U-Boot-Krieg.

Bern, 12. September. (B. T. V.) „Echo de Paris“ meldet: Der Frachtdampfer „Saint Marco“ der Compagnie Transatlantique ist gestern versenkt worden. Die Besatzung von 84 Mann ist gerettet.

Der russische Ministerrat gegen Monopole.

Kopenhagen, 12. September. (B. T. V.) Laut „Golos Russki“ wurde die Einführung neuer Staatsmonopole nochmals im russischen Ministerrat beraten. Trodem Ministerpräsident Sürmer sich für die Einführung gewisser Monopole aussprach, sagte die Auffassung des Finanzministers Bart und des Landwirtschaftsministers Sobrinssi, daß Monopole schädlich seien, da sie die von ihnen betroffenen Industrien zugrunde richteten. Der Ministerrat beschloß die Einstellung aller Vorarbeiten zur Einführung der von Sürmer geplanten Monopole.

Zum Brückeneinsturz am St. Lorenz-Strom.

London, 12. September. (B. T. V.) „Central News“ meldet, daß bei dem Zusammenstoß der Brücke über den St. Lorenz-Strom acht Arbeiter den Tod fanden und sechs verletzt wurden. Nach einer amtlichen Erklärung über das Unglück soll der Träger, der mit dem Südende der Brücke in Verbindung stand, gerissen sein.

Heute Mittwoch, den 13. September: Zahlabend in Groß-Berlin.

Chronik des Weltkrieges.

13. September 1914.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz haben die Operationen, über die Einzelheiten noch nicht veröffentlicht werden können, zu einer neuen Schlacht geführt, die günstig steht.

In Belgien ist ein Ausfall aus Antwerpen, den drei belgische Divisionen unternahmen, zurückgeworfen worden.

In Ostpreußen ist die Lage hervorragend gut. Die russische Armee flieht in voller Auflösung. Bisher hat sie mindestens 150 Gefühle und 20-30 000 unverwundete Gefangene verloren.

In der Schlacht bei Lemberg gelang es den südlichen Streitkräften, die Russen nach fünfzigem harten Ringen zurückzubringen und 10 000 Gefangene zu erbeuten. Dieser Erfolg konnte jedoch nicht voll ausgenutzt werden, da der österreichische Nordflügel von großer Uebermacht bedroht wurde und das Auftreten neuer russischer Kräfte es geboten machte, die nunmehr seit drei Wochen ununterbrochen kämpfenden Armeen zurückzunehmen.

In Kamerun kam es zu Kämpfen mit englischen Truppen.

In der Südsee wurde Herbertshöhe im Bismarck-Archipel von den Engländern besetzt.

13. September 1915.

Auf dem westlichen Kriegsschauplatz Schützengrabenkämpfe.

In der Nacht zum 13. wurde ein Luftangriff gegen England ausgeführt.

Auf dem östlichen Kriegsschauplatz weiteres Vordringen der deutschen und österreichischen Truppen. Abermals wurden 4300 Gefangene gemacht. Am südlichen Teil der Front lebhafteste Kämpfe, bei denen 1000 Gefangene gemacht wurden.

Italienischer Kriegsschauplatz: Erbitterte Angriffe der Italiener in dem Raum von Triest und Tolmein wurden zurückgewiesen.

Ueber die Apostel der Machtpolitik.

In der Sonntagsnummer des „Berliner Tageblatt“ hat Dr. v. Wiese treffende Worte zur Kennzeichnung unserer „großen politischen Kinderstube“ gefunden und zugleich den Versuch gemacht, den völkerverpsychologischen Wurzeln der neuerdings so populär gewordenen machtpolitischen Schlagwörter nachzuspüren.

Es ist leider im privaten und im Völkerverleben allzu üblich, eigenes Handeln oder Unterlassen dadurch zu rechtfertigen, daß man auf vermeintliche oder wirkliche größere Mängel anderer hinweist. Es ist das der denkbar unfruchtbarste Weg. Niemand kann in der Welt etwas Besseres werden, wenn man mit erstaunlichem Scharfsinn stets beträchtliche Gebrechen anderswo aufzählt. Schon in der Kinderstube verweist man es den Jüngsten, daß sie ihre Unarten mit den Ungezogenheiten ihrer Gespielen entschuldigen. In der großen politischen Kinderstube ist es jedoch bei den Erwachsenden allgemein üblich, eine Erörterung heimischer Zustände dadurch abzulassen, daß man auf die Sünden des Auslandes verweist, sobald jene Auseinandersetzung in Artikel „auszuarten“ beginnt. Wichtig wäre, nicht durch Vergleiche nach rechts und links zum Ergebnisse zu gelangen, sondern allein durch das Weissen am eigenen Ideale.

Welches sind aber nun die „Ideale“, die für weite Kreise der deutschen Öffentlichkeit jetzt allein maßgebend sind? Will man sie durch eine knappe Formel kennzeichnen, so tut man es wohl am besten durch die Worte: Kultus der Machtpolitik. Seine geschichtlichen Wurzeln werden von Herrn v. Wiese folgendermaßen geschildert:

In den letzten fünfzig Jahren ist dem deutschen Volke die Selbsterziehung zur Macht und der Wille zur Macht gepredigt worden. Freilich sollte es sich dabei meist, so weit diese Lehre von Intellektuellen veriretet wurde, um Macht in angeblich veredeltem Sinne handeln. Wie das bei uns zu Lande stets der Brauch ist, bekam das Machtverlangen eine moralische Einlebung. Man suchte dieses — in Wahrheit sehr konkreter-derbe — Ideal, wie es die weniger strapuzösen Aldeutschen viel erlicher als solches auch erkannt hatten, zu verinnerlichen. Macht sei Ausübung von Herrschaft zur Herbeiführung eines höheren Rechtszustandes im Gegenlage zur reinen Gewalt.

Diese Veruche, die idealistische Ethik auch in der Realpolitik zu retten, seien aber kaum haltbar. Macht bedeute eben die äußere und innere Fühligkeit zur Ausübung von Herrschaft, deren Zwecke und Ziele sehr mannigfaltig sein können.

Sehr hübsch ist nun, wie Herr v. Wiese den vorherrschenden robusten Typus der Machtpolitiker zeichnet:

„Seit nach mehr als zweijähriger Dauer des Krieges sehen wir, daß sich in der Welt der Ideen, die ihn begleiten, nicht die Schwärmerie und die Mystik der ersten Kriegsmomente erfolgreich behaupten, nicht die Ueberpanntheiten der weltlichstigen Eifer des heiligen Krieges, sondern die umfangreichsten (nenn auch nicht die tiefsten) Wirkungen geben von den sehr primitiven, sehr leicht fahbaren, aber fernigen Gedanken der Machtpolitik aus, wie sie ja auch Politiker, die sich zu den Liberalen rechnen, vertreten. Die physiognomisch-psychologischen Beobachtungen, die ich an Lesern der Zeitschrift der „Deutschen Tageszeitung“ und aus dem Anhören der auf die letzten folgenden Gespräche in letzter Zeit habe machen können, gewählten untrügliche Einblicke in die durchschneidende Menschennatur.“

Das ist den Leuten mit den robusten Nerven und der eingemurzelten Abneigung gegen das Denken am begreiflichsten. Es gibt in der Welt nur Machtfragen. Der größte Machtgegnen der Gegenwart ist der zwischen Deutschland und England. Er muß durch Gewalt entschieden werden. Wessen „oceanum oceanum“ („Uebrigens bin ich der Meinung“) das ist, der ist heute ein ganzer Kerl.“

Man kann es durchaus verstehen, daß Herr v. Wiese den robusten Machtpolitiker noch immer erträglicher findet, als jenen Pseudoliberalismus, der in einem Lust von Selbstbetrug und faulen Kompromissen Dinge vereinigen will, die sich nicht vereinigen lassen, und Erscheinungen zu veredelnsucht, die durch und durch unedel sind. Dennoch verliert der Kultus der robusten Machtpolitik dadurch nichts von seiner Gefährlichkeit, zumal er sich auf einem geistigen Niveau bewegt, das selbst aufrichtige Konservative mit Grauen erfüllt. Noch neuerdings hat der konservative Schriftsteller Adolf Crasnowsky in seiner Wochenschrift „Das neue Deutschland“ diese Empfindungen ausgesprochen:

„Hoffnungslos mag es freilich schon stimmen, daß eine Persönlichkeit, wie der Graf Reventlow allmählich zum Wortführer sich aufschwingen konnte. Man fragt sich immer wieder, wie ein Mann, der die Politik vom Standpunkt der Kinderstube aus betrachtet — hier die Guten, dort die weniger Guten, hier die Bösen, dort die Allerbösesten — der in seiner primitiven politischen Auffassung alle tieferen Probleme außer acht läßt, wie ein solcher Mann, der noch dazu einen Stil schreibt, der von Verflöhen, Flüchtigkeiten und Banalitäten wimmelt, in den geistigen Kreisen unseres Vaterlandes eine Rolle spielen kann.“

„In einer anderen Stelle kennzeichnet dann noch Grabowsky das ganze Treiben, das die Kanzlerfronde in den letzten Monaten veranstaltete:

„Das ist politische Unreife — es gibt dafür kein anderes Wort. Wie aber politische Unreife sich vor allem dadurch charakterisiert, daß man sich zu seinen eigenen tiefsten Ueberzeugungen in Widerspruch setzt, so erleben wir auch hier wieder das Schauspiel, daß Leute, die sonst für die Autorität gegen die Majorität kämpfen, die der wohlweisen Regierung die bessere Meinung zubilligen gegenüber der Meinung der Außenstehenden, plötzlich wilde Demokraten geworden sind. Die andern aber, die sich sonst außerordentlich demokratisch gebärden, sind jetzt ganz schön geworden und starren verehrungsvoll auf jede Kundmachung der hohen Obrigkeit. Wenn einmal das abgeheute Wort „rechter Hand, linker Hand, alles vertauscht“, Geltung hatte, so in diesem Falle.“

Auch diese Sarkastischen Worte des konservativen Schriftstellers verdienen festgehalten zu werden, als Beitrag zur Kennzeichnung unserer „großen politischen Kinderstube“, in der — von vereinzelten erfreulichen Ausnahmefällen abgesehen — ein charakterloser Pseudoliberalismus die Staffage bildet für die „ganzen Kerle“, die als Apostel der Machtpolitik den Vordergrund der politischen Bühne beherrschen.

Politische Uebersicht.

Holland und die Aldeutschen.

Wir zitierten vor kurzem (siehe „Vorwärts“ Nr. 242) einen Auffass des Bekannten Zentrumsabgeordneten Dr. Julius Wache in im „Tag“, in dem er aus eigener langjähriger Anschauung die Stimmungen in Holland schilderte. Die Ursache der Deutschland abgeneigten Stimmung in den breiten Schichten des holländischen Volkes führte er in der Hauptsache auf den Einfluß Englands zurück und fuhr dann fort:

„Aber auch abgesehen von diesen Momenten ist die unfreundliche Gefinnung breiter Volksschichten gegen Deutschland leicht erklärlich. Ich sehe dabei von den alldeutschen Taktlosigkeit und Herausforderungen ab, mit denen nicht gerade selten auch die Holländer geärgert worden sind. Die Holländer wollen eben von niemand verpeist werden, sondern dieben, was sie sind, und haben dazu auch allen Grund.“

Diese Ueherungen haben nun den Jörn der „Aldeutschen Blätter“, erregt, die in ihrer Nummer vom 9. September befreiten, daß je „allddeutsche Taktlosigkeit“ gegen Holland begangen worden seien.

„Demgegenüber — heißt es in dem Artikel weiter — stellen wir nunmehr ausdrücklich fest, daß der Aldeutsche Verband es peinlich vermieiden hat, den Holländern in ihrem berechtigten Selbständigkeits- und Unabhängigkeitsgefühl zu nahe zu treten, da er niemals empfohlen hat, sie zu „verpeisten“, und daß er im Gegenteil nachdrücklich für die Auffassung eingetreten ist, eine irgendwie geartete staatsrechtliche Annäherung Hollands an das Deutsche Reich dürfe nur auf den eigenen Wunsch der Holländer hin erfolgen, und jeder Zwang oder Druck sei in dieser Hinsicht auf das sorgfältigste zu vermeiden. Wir fordern Herrn Dr. Wache auf, uns aus der ihm gern zur Verfügung stehenden Geschichte des Aldeutschen Verbandes und seiner verbandsmäßigen Auslassungen oder Handlungen den Nachweis der von ihm behaupteten „Taktlosigkeit“ zu erbringen, sofern er sich nicht dem Vorwurf leichtfertiger und strapuzloser Stimmungsmache ausgeliefert sehen will.“

Was von dieser zornbefüllten Abwehr zu halten ist, geht aus dem Zeitaufsatz derselben Nummer der „Aldeutschen Blätter“ hervor, der das Thema „Die Aldeutschen und der Krieg“ behandelt. In diesem Aufsatz werden Aussprüche von List und Treitschke zitiert, in denen von der Wiedererinnerung Hollands in den Deutschen Bund (List im Jahre 1841) und die Gewinnung der Rheinmündung (Treitschke 1870) die Rede ist. (2)

Der amerikanische Botschafter Gerard gegen den Abgeordneten Stresemann.

Die „Leipziger Abendzeitung“ teilt mit, daß sich der amerikanische Botschafter Gerard in Berlin über die Eisenacher Rede des Abgeordneten Stresemann dahin geäußert hat:

„Wir Amerikaner verstehen nicht, daß ein Abgeordneter, der eine Gegenstand im Parlament vertritt, für die der Export nach Amerika geradezu eine Lebensfrage ist, so für den rätschellosen U-Bootkrieg eintreten kann.“

Die „Nationalliberale Correspondenz“, die immer mit großem Eifer für den verschärften U-Bootkrieg eingetreten ist, fühlt sich berufen, die Ueherungen des amerikanischen Botschafters scharf zurückzuweisen. Dem Botschafter ist zweifellos ein Jertum unterlaufen mit der Annahme, daß Abg. Stresemann einen Wahlkreis vertritt, der am Export nach Amerika stark beteiligt sei. Der Botschafter meint damit offenbar den früheren Wahlkreis Stresemann, aus dem er durch die Sozialdemokratie verdrängt wurde. Es war dies der sächsische Wahlkreis Annaberg, der allerdings sehr starken Spielwareneport nach Amerika hat. Jetzt vertritt Abg. Stresemann bekanntlich den Wahlkreis Aurich, der am Export nach Amerika vermutlich gar nicht beteiligt ist. Darüber hinaus weist aber die „Nationalliberale Correspondenz“ den amerikanischen Botschafter in überaus scharfen Worten zurecht. Das parteiamtliche Organ der Nationalliberalen sagt u. a.:

„In ihrer Ganzheit wirken aber die Ueherungen des Herrn Gerard völlig mit jener naiven Ueberhebung, welche ein Kennzeichen amerikanischer Denkungsweise ist. Herr Gerard glaubt, daß die Entscheidung über Deutschlands politische Zukunft maßgebend von den deutschen Ausfuhrinteressen nach den Vereinigten Staaten bestimmt würde.“

Ob Deutschland von seinen Nachbarn gegen England Gebrauch macht oder nicht, wird der Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika im übrigen der Entscheidung der deutschen maßgebenden Stellen überlassen können. Die Art und Weise, wie Herr Gerard hier nicht zum ersten Male die Geschichte Englands besorgt, ist jedenfalls außerordentlich kennzeichnend für seine Haltung. Herr Gerard, der neulich einmal einer anderen Persönlichkeit gegenüber betonte, daß es ja für Deutschland unmöglich

sei, sich in die „Mentalität“ Amerikas zu versehen, läßt vielleicht gut, auch einmal die deutsche Mentalität zu studieren und danach zu ermaßen, wie derartig anmaßende Ueherungen und eine derartige Einmischung in deutsche politische Angelegenheiten wie in diesem Falle auf uns wirken müssen.“ (2)

Eine eigentümliche Kampfweise.

Die „Aldeutschen Blätter“ vom 2. September veröffentlichten einen Angriff gegen Prof. Valentin, dem wir nach der „Frei. Ztg.“ folgende Sätze entnehmen:

„In den Preussischen Jahrbüchern“ (Augustheft) hat der außerordentliche Professor V. Valentin einen Angriff gegen Graf Reventlows Buch „Deutschlands auswärtige Politik 1888 bis 1914“ veröffentlicht, der sich durch seine Wahlosigkeit selbst richtet. Prof. Valentin ist, wie uns dazu aus Hochschulfreien mitgeteilt wird, garnisondienstpflichtig und war als garnisondienstpflichtiger Soldat im Potsdamer beidmilitär. Dann wurde er jedoch vom Auswärtigen Amt angefordert und ihm der Auftrag erteilt, eine vollständige Darstellung der Vorgeschichte des Krieges zu schreiben, wobei das Auswärtige Amt den Wunsch begibt, daß er unter anderem der Auffassung der Aldeutschen und des Grafen Reventlow entgegenzutreten möchte. Die erste literarische Ueherung des Herrn Professor Valentin seit der Uebernahme dieses Auftrags ist nun jener in den „Preussischen Jahrbüchern“ veröffentlichte Angriff. . . . Eine literarische Verteidigung Deutschlands gegen die Anklagen der Engländer usw. kann eine vaterländische Tätigkeit sein. Aber möglich wird die Sache, wenn der militärpflichtige Mann dazu ausersehen wird, gute Deutsche zu belämpfen, die nichts anderes tun als für Deutschland gegen die hartnäckige Feindschaft Englands einzutreten. . . . Hat er für diesen Zweck die Befreiung von dem Garnisondienst und dem feineswegs bequemen Postdienst erhalten? Glücklich ist das Auswärtige Amt mit seinem Angestellten unter allen Umständen nicht gefahren. Selbstverständlich soll die freie Meinungsäußerung in seiner Weise eingeschränkt werden. Aber wie können nicht darüber hinweg, daß ein militärpflichtiger Mann von seiner Militärpflicht entbunden wird, um unter anderem eine innerdeutsche vaterländische Bewegung zu belämpfen und daß seine erste literarische Ueherung seit der Uebernahme dieses Auftrages von der Art ist, daß man ihr den Jwed nur gar zu sehr anmerkt.“

Dazu bemerkt die „Frankfurter Zeitung“ treffend: „Das ist eine außerordentliche Art und Weise, die politische Diskussion zu betreiben. Wer wird im Zweifel sein, welchen Jwed das Hervorheben der „Befreiung von dem Garnisondienst und dem feineswegs bequemen Postdienst“ verfolgt? Wir können zu erheblichen Zuständen gelangen, wenn sich erst die seine Stelle einbürgert, den politischen Gegner, sofern er landsturmpflichtig ist, der Beachtung der Militärbehörde, nun sagen wir, zu „empfehlen“; dieses höfliche deutsche Wort wählen wir, um nicht durch den Gebrauch eines sich aufdrängenden fremden Ausdrucks das Aldeutsche Gemüt zu verletzen.“

Störung des Burgfriedens.

In Diegnitz beanspruchten die Sozialdemokraten für die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen zu ihren vier Mandaten noch ein fünftes Mandat, auf das sie ihrer Stärke entsprechend Anspruch haben. Die bürgerlichen Parteien haben diesen berechtigten Anspruch zurückgewiesen, so daß es zu einem Wahlkampf kommt. Konservative Blätter behaupten nun — die Sozialdemokraten haben den Burgfrieden gestört!

Das tägliche Brot.

Reichszuschüsse bei Kartoffelbezug.

Die Verhandlungen über Bewilligung von Reichszuschüssen, durch welche der Kartoffelpreis frei Keller auf 4,75 M. für den Zentner, im Kleinverkauf auf 5,50 M. für den Zentner ermäßigt werden soll, sind nunmehr abgeschlossen. Das Kriegsernährungsamt gibt hierüber folgendes bekannt: Gemeinden, die für Kartoffeln aus der Ernte 1916 den Preis frei Keller der Verbraucher auf höchstens 4 M. 75 Pf. für den Zentner, den Kleinhandelspreis bis einschließlich 15. Februar 1917 auf höchstens 5 M. 50 Pf. für den Zentner festsetzen, erhalten vom 1. Oktober 1916 ab ein Drittel der Kosten für die über die genannten Sätze hinausgehenden Aufwendungen aus Reichsmitteln erstattet, wenn diese Kosten im übrigen anderweitig aufgebracht werden. Die Gemeinden haben jedoch der höheren Verwaltungsbehörde nachzuweisen, daß sie mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse höhere Aufwendungen machen mußten, als durch einen Preis von 4,75 M. bzw. 5,50 M. gedeckt werden.

Schnapfabrenerei um jeden Preis.

Der Pojener „Raiffeisen-Vote“ weist in seiner Nummer vom 25. August die hinter ihm stehenden Brennerieyn auf die Vorzüge der Verbrennung von Futterrüben also hin: . . . Da die Rohstoffe den Brennerieyn im kommenden Betriebsjahre stellenweise vielleicht nicht reichlich zur Verfügung stehen werden, so lenkt sich die Aufmerksamkeit der Brenner, besonders solcher, die keinen Ueberfluß an Kartoffeln haben, immer wieder auf die Futterrüben, deren Verarbeitung in der Brennerieyn keine Schwierigkeiten im Wege stehen. Man braucht allerdings die Genehmigung des Zollamtes dazu; diese wird aber ohne weiteres erteilt, da der Bundesrat das Brennen der Futterrüben an keine einschränkenden Bedingungen geknüpft hat. Verschiedene Anzeigen sprechen dafür, daß die Verarbeitung der Futterrüben in der kommenden Brennerieyn einen größeren Umfang annehmen dürfte als je zuvor. Ein hoher Kartoffel- und Spirituspreis ist der Futterrübenverarbeitung günstig und regt dazu an. . . . Da bei der heutigen Preislage die Verarbeitung der Rüben in den Brennerieyn bei weitem einträglicher ist als die in den Zuckerrüben, so kann nur dazu geraten werden, sie nach Möglichkeit anzuwenden. . . . Gegenüber dieser drohenden Nährstoffvergeudung erscheinen dem Kriegsautschuß für Konsumenteninteressen, wie er schreibt, neben den von ihm vielfach geforderten Futterrübenhöchschpreisen behördliche Schritte dringend notwendig, damit man nicht später wieder eine ungenügende Fleischversorgung mit Mangel an Futtermitteln entschuldigen müßte, die man früher der Brennerieyn geopfert habe.

Aus der Partei.

Sozialdemokratische Kundgebungen.

Das Presidencium berichtet: Im größten verfügbaren Saale Stuttgarts sprach Reichstagsabgeordneter Dr. David. Die erschienenen etwa 1500 Personen füllten den Raum bis zum letzten Platz. Auch die Mitglieder der von der Gesamtpartei losgelösten Organisation hatten sich zahlreich eingefunden. Die Versammlung verlief ohne jede Störung.

David erntete an vielen Stellen seines Vortrages starken Beifall, so namentlich, als er den Kämpfern an der Front den warmsten Dank aussprach, als er scharfe Kritik an der Organisation der Nahrungsmittelversorgung übte und als er die Anreizphantastien bekämpfte. Am Schluß gestaltete sich der Beifall zu einer lang anhaltenden Kundgebung des Einverständnisses mit Davids Ausführungen. (2)

Aus den Organisationen.

Der Kreisvorstand des 10. Reichstagswahlkreises Karlsruhe-Bruchsal hat zum Delegierten für die Reichskonferenz einstimmig den Genossen Wilhelm Kolb gewählt.

Die Wahlkreisversammlung des Wahlkreises Würzburg wählte zum Delegierten der Reichskonferenz den Genossen Felix Freudenberger, als Ersatzmann den Genossen Kurt Behr. Der Kandidat der Wehrheitsanhänger blieb in der Minderheit. Die Wahl erfolgte mit 15 : 5, resp. mit 12 : 6 : 2 Stimmen.

Einige ostpreussische Wahlkreise haben Stellung zu der Reichskonferenz genommen und Delegierte gewählt. Der Kreis Tilsit wählte den Landtagsabgeordneten Genossen Döfer, Königsberg-Stadt Genossen Gottschalk, Königsberg-Land Genossen Krauslopp und Insterburg Genossen Mertins.

Die Vertreterversammlung für den Wahlkreis Mannheim bekannte sich nach einem Referat des Abg. Oskar Ged mit allen gegen sechs Stimmen zur Politik des 4. August. Einstimmig wurde der Entlastung Ausdruck gegeben über beschimpfende Äußerungen, die in einer Berliner Versammlung gegen den gefallenen Genossen Frank gefallen sind. Als Delegierter zur Reichskonferenz wurde Genosse Strobel gewählt.

Die Kreisversammlung des 5. badischen Reichstagswahlkreises wählte als Delegierten zur Reichskonferenz den Arbeitersekretär Max Loß in Freiburg.

Die Sozialdemokratie in Neu-Seeland.

Die verschiedenen sozialistischen Arbeiterorganisationen von Neu-Seeland, die Vereinigte Arbeiterföderation, die sozialdemokratische Partei und das Komitee für Vertretung von Arbeiterinteressen, haben sich, wie das Zürcher „Volkrecht“ meldet, zu einer einzigen Partei, der Neuseeländischen Arbeiterpartei, verschmolzen und ein kollektivistisches Programm angenommen.

Aus Industrie und Handel.

Rumäniens Kriegserklärung und der Rubelskurs.

Die „Wall Mall Gazette“ vom 31. August führt aus: Mit Eintritt Rumäniens in den Krieg ist der Wechselkurs des Rubels sprunghaft emporgegangen. Vor einigen Tagen standen 10 Pfd. Sterling = 150 Rubel, am 30. August jedoch = 135 Rubel. Die Parität ist 10 Pfd. Sterl. = 94,60 Rubel. Der Markt hofft, daß Rumäniens Schritt zu einer Beschleunigung der Kriegsentwicklung führt. Normal kann der russische Wechselkurs erst werden, wenn die Dardanellen frei sind, und Aktien von Unternehmungen, die irgendwie daran interessiert sind, ziehen in Erwartung der Wiedereröffnung dieses Wasserweges an. Auch die skandinavischen und holländischen Börsen sind durch die rumänische Kriegserklärung beeinflusst worden, und der Wechselkurs der Banken steigt gerade jetzt in Verbindung mit der bevorstehenden französischen Kriegsanleihe.

Die Deutsche Eisenbahn-Spreisenwagen-Gesellschaft in Berlin beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, in der von der Kündigung sämtlicher Verträge durch die preussische, bayerische und badische Eisenbahnverwaltung auf den 1. Oktober 1916 Mitteilung gemacht werden soll. Die Versammlung wird über Auflösung und Liquidation der Gesellschaft Beschluß fassen und die Verwaltung zum Abschluß eines Verkaufsvertrages bezüglich des Eigentums der Gesellschaft ermächtigen. Dem Vernehmen der „Frk. Ztg.“ zufolge handelt es sich um den Übergang der Waggons an die unter Mitwirkung mitteleuropäischer Eisenbahnverwaltungen zu gründende Mitteleuropäische Schlaf- und Speisewagen-Gesellschaft, die wahrscheinlich auch mit der Weiterführung der in Mitteleuropa noch laufenden Wagen der Brüsseler Schlafwagen-Gesellschaft betraut werden dürfte.

Eine neue Werkverschmelzung.

Die Rheinischen Stahlwerke Duisburg-Weiderich, denen die Zechen Centrum zugehört, haben die Augenmehrheit der Brauneisengewerkschaft Rora bei Witten a. d. Ruhr erworben, und zwar 856 von 960. In der letzten Generalversammlung von Rora wurde beschlossen, den Sitz der Gewerkschaft von Witten nach Duisburg-Weiderich zu verlegen. Ferner stimmte die Versammlung dem Verkauf der Haldenbestände an die Stahlwerke zu und der vollen Förderung des Jahres 1916. Zum Zweck der Inbetriebsetzung wurde eine Zuzahlung von 70 M. pro Tonne festgesetzt.

Gesund geworden.

Die Westfälische Eisen- und Drahtwerke Aktiengesellschaft in Langendreer verteilt eine Dividende von 6 gegen 0 Prozent im Vorjahre.

Erhöhung der Kohlenfrachten.

„Temps“ vom 31. August berichtet aus London: Der geschäftsführende Ausschuss Groß-Britanniens für Kohlenlieferungen an Frankreich hat auf Verlangen des französischen Ausschusses folgende Entscheidung getroffen:

1. Der Frachtpreis für Dampf von weniger als 300 Brutto-Tonnen und Segler wird um 8 Sh. über den Preis für Dampf von mehr als 4000 Tonnen angelegt.
2. Der Frachtpreis in der North-Änderung wird um 2 Sh. erhöht.

Steigen von Russlands Ausfuhr nach England und Frankreich.

Die „Morning Post“ vom 26. August berichtet: Die russische Ausfuhr nach Großbritannien betrug in den ersten fünf Monaten des Jahres 1916 2.860.000 Pfund gegen 1.600.000 Pfund in den gleichen Monaten des Jahres 1915. Die Ausfuhr bestand fast ausschließlich in Kohlen. Die Ausfuhr nach Frankreich betrug in dem gleichen Zeitraum 630.000 Pfund gegenüber 41.500 Pfund in den gleichen Monaten 1915.

Steigerung der Baumwollfrachttäge.

„Morning Post“ vom 31. August schreibt: Da England jährlich etwa 3 bis 4 Millionen Ballen Baumwolle von den Vereinigten Staaten bezieht, sehen die Baumwollinteressenten mit einiger Nervosität auf die näherkommende Zeit der Verschiffung. Die Frachttäge sind ins Ungeheure gestiegen — gegen die Zeit vor dem Kriege teilweise um 700 Proz. Im vorigen Jahre betragen die Baumwollfrachten vom Golf von Mexiko nach Liverpool und Le Havre 140 Sh. und vom Golf nach Westindien 160 Sh. Jetzt lauten die Sätze auf 280—270 Sh. nach Liverpool und 330 Sh. nach Genua. Wenn die Regierung der so sehr wichtigen Industrie nicht beispringt, steht zu befürchten, daß die Frachtpreise im Herbst noch höher sein werden.

Aus Groß-Berlin.

Ein Lebensbild.

Es ist Essenspause. Die mitgenommenen Stullen sind in der Regel schon vorher verzehrt. Man setzt sich mit einem Topf Kaffee, an dem weder Milch noch Zucker ist, zum Essen. Entfaltet die Zeitung, legt die Arme auf die Tischplatte und knurrt einen Kluch. Ich habe heute meinen Schemel in die Nähe des Fensters gerückt. Es ist Freitag und es gibt — Tafelmusik. Zimmer kommt am Freitag um die Mittagszeit, kurz vor oder kurz nach dem Klingeln, ein Leierkastenmann. Er spielt immer im Hof des benachbarten Grundstückes, aber es fliegt ihm auch aus unseren Fenstern mancher Sechser zu. Das Duergebäude des benachbarten Hauses hat kaum seines gleichen. Es ist beileibe kein architektonisches Wunderwerk. Es ist grau und schmutzig, es unterscheidet sich äußerlich in nichts von tausend anderen Fabrikgebäuden. Wo ist aber erst wieder eines, darin man zu ebener Erde Christusbaumschmuck erzeugt und in den drei Etagen Granaten dreht? Das ist ein Zufall voll bitterer Ironie. Hier leben unter einem Dache zwei Industrien, zwischen deren „Welten“ Klüfte liegen, die scheinbar unüberbrückbar sind.

An den Fenstern der zweiten Etage kann man die fertigen Granaten sehen. Sie glänzen in der Mittagssonne. Jedes Stück dieses Spielzeugs des schrecklichsten aller Tode ist wie ein Kind so groß.

Im Hof stehen Kisten über Kisten. Und gerade ist ein Hausdiener dabei, eine zuzunageln. Die Hammerschläge tönen durch die Mittagsstille. Der Hausdiener ist ein alter Mann mit einem weißen Bart. Der Bart des leibhaftigen Weihnachtsmannes kann nicht weißer sein. Noch trennen uns viele Wochen von der Weihnachtszeit. Monate noch. Wird uns einer ihrer Tage den Frieden bringen?

Jetzt ist er da, der Leierkasten. Das Entreelied steigt. Schon „hängen“ die Mädchen in den offenen Fenstern und singen leise mit. Das Programm des Mannes ist zeitgemäß. Er spielt patriotische Kampflieder und sentimentale Weisen. Nur einen einzigen Operettenreifer schiebt er so zwischen mang. Der aber entzückt die Mädchen mehr als der Preußenmarsch. „Das erste ist, sagt hinter mir der Nebenbold zu einer Kollegin, wenn mein Karl erst wieder da ist, daß wir nach Treptow fahren und ein drehn. Aber so. Kiel mal.“

Den Nebenbold nennt man in kollegialer Weise die blonde, linke Grete, die eine Anschmiermaschine bedient. Und nun schleift sie die Kollegin in die Garderobe und nötigt sie, mit ihr zu tanzen. Doch da klingelt es auch schon. Nun beginnen alle Räder zu laufen, und in dem Rattern und Saufen ersticht die Musik. Das ist schade. Man erhebt sich und geht an die Arbeit. Sie fällt einem nicht leicht, hat man doch nichts Ordentliches im Magen. Die blonde Grete kommt an mich heran und flüstert: „Sag, kannst Du mir nicht eine Brotmarke schenken? Ich möchte mir zum Kaffee eine Schrippe holen lassen. Meine Mutter hat mir heute nur ein paar kahle Weigen mitgeben können. Nichts weiter. Freilich, Du schenkst mir eine Marke.“ So bittet sie. Und lächelt. Von dem flüchtigen Tanz sind die schmalen Wangen ein wenig gerötet.

Sorgfältig aufbewahren!

Brotkarten, Fleischkarten, Kartoffelkarten usw. soll jeder sorgfältig aufbewahren. Wer so eine Karte verliert, kann viel Schererei haben, wenn er sich Ersatz beschaffen will. Man ist in den Brotkommissionen manchmal sehr mißtrauisch gegenüber Leuten, die einen Kartenerverlust melden. Auch wo die Angaben eines Verkäufers nicht bezweifelt werden, entschließt man sich doch nur zögernd und ungern, ihm die verlorene Karte zu ersetzen. Es spricht da die Erwägung mit, daß Kartenerverlust und Ersatzgewährung die Möglichkeit bieten, den Zweck der Nahrungsmittelstreckung zu durchkreuzen. Während dem Verkäufer bei Bewilligung einer neuen Karte die ihm zukommende Nahrungsmittelmenge gesichert bleibt, könnte gleichzeitig die verlorene Karte von einem Fieber dazu benutzt werden, sich ein Mehr von Nahrungsmitteln zu verschaffen. Dem will man vorbeugen.

Noch bedenklicher für den Verkäufer scheint die Sache bei dem Bezugschein für die Vorversorgung mit Kartoffeln zu sein. Was wird man tun, wenn einer meldet, daß er seinen Bezugschein verloren hat? Soll ihm die Ersatzgewährung verweigert werden, so daß er um seinen Anspruch auf Vorversorgung käme? Sollen auch die für den Bezugschein einbehaltenen Kartoffelarten ihm dann nicht ausgeliefert werden, so daß er auf Monate hinaus überhaupt keine Kartoffeln erhalten könnte? Zu solchen Härten müßte man wohl gelangen, wenn man die Erwägung, daß Bezugscheinverlust einen Mißbrauch ermöglicht, maßgebend sein lassen will. Wir halten für dringend nötig, daß ein Ausweg gefunden wird, der Härten verhütet. Gewiß, es wäre gut, wenn jeder alle die Karten und Scheine, die ihm den Anspruch auf Lebensmittel usw. sichern sollen, mit gebührender Vorsicht behandelte und möglichst vor Verlust schützte. Die Mahnung „Sorgfältig aufbewahren“ steht ja auch schon auf der vorläufigen Bescheinigung, die als Ausweis über den Antrag auf Kartoffelversorgung dem Antragsteller ausgehändigt wurde. Aber selbst bei größter Vorsicht und Gewissenhaftigkeit kann jeder mal das Pech haben, daß er seine Brotkarte, seine Fleischkarte usw. oder gar seinen Kartoffelbezugschein einbüßt. Die Bezugscheine werden — ebenso, wie schon die vorläufigen Bescheinigungen — auf den Namen des Antragstellers lauten, doch das allein würde bei Verlusten einen Mißbrauch wohl nicht unmöglich machen. Wirksame Maßregeln zur Verhütung mißbräuchlicher Benutzung eines verlorenen Scheines würden die erwünschte Nebenwirkung haben, die Schwierigkeiten der Gewährung von Ersatz zu mindern. Härten könnten dann dem Verkäufer erspart bleiben.

Kundenliste für Zucker.

Es wird in den nächsten Tagen in Groß-Berlin eine Kundenliste auch für Zucker aufgelegt werden, so daß, wie bei Butter und Fleisch, jeder Käufer einem bestimmten Geschäft zugewiesen wird. Die Geschäfte haben ein Kundenverzeichnis anzulegen, das gebunden sein muß, fortlaufend mit Seitenzahlen versehen und eine laufende Nummer, Vor- und Zunamen, Wohnung des Kunden, Zahl und Nummer der abgegebenen Anmeldebüchlein und Anzahl der im Haushalt befindlichen Personen enthält. Da die Verordnungen in den nächsten Tagen in Kraft tritt, erscheint es angezeigt, daß die Geschäfte, die Zucker führen, schon jetzt ein solches Kundenbuch sich beschaffen.

Die Verlustliste der Schutztruppe.

Amlich, Berlin, 11. September. (W. T. N.) Die neueste Verlustliste der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika erscheint in der am 12. d. Mts. veröffentlichten preussischen Verlustliste Nr. 631. Verlustliste der kaiserlichen Schutztruppen Nr. 23. Es wird nochmals ausdrücklich bemerkt, daß an zuständiger Stelle weitere Angaben, als in den Listen angegeben, nicht gemacht werden können und daher gebeten, von etwaigen Anfragen Abstand zu nehmen. Der Einzelverkauf für ein Stück dieser Ausgabe beträgt einschließlich Porto 15 Pf. Bestellungen sind unter genauer Bezeichnung der Nummer und unter Beifügung des Betrages an die Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 82, zu richten. — In dem nächsten „Deutschen Kolonialblatt“ werden diese Verlustlisten gleichfalls veröffentlicht.

Ermittlung von Vermissten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der „Ermittlung von Vermissten“ überschriebenen Notiz in Nr. 106 der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ war bemerkt worden, daß Anfragen nach Vermissten nicht an das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz zu richten seien, da dieses für die Ermittlungen von deutschen Vermissten nach den jetzigen Vereinbarungen nicht zuständig sei. Diese Angabe ist nach den neuesten Vereinbarungen dahin zu berichtigen, daß die Nachforschung nach einzelnen deutschen Vermissten nicht nur den zuständigen Organisationen der Landes- und Provinzialvereine des Roten Kreuzes und den Ausschüssen für deutsche Kriegsgefangene in Hamburg und Frankfurt a. M., sondern auch dem Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Gefangenenfürsorge, zusteht. Insbesondere hat letzteres die Verfertigung gedruckter Listen nach London und Paris im Austausch gegen entsprechende Listen der feindlichen Länder übernommen. Die Zusammenstellung der Listen erfolgt auf Grund der von den Vereinen und Ausschüssen an das Zentralkomitee erstatteten Meldungen; die gedruckten Listen werden an die verschiedenen Gefangenenlager verteilt und dadurch die Gefangenen in die Lage versetzt, über ihre vermissten Kameraden Auskunft zu geben. Es empfiehlt sich, daß die Angehörigen von Vermissten in jedem Falle Anfragen stets an die für sie zuständige lokale Stelle (Hilfe für Kriegsgefangene Deutsche, Provinzialverein oder Landesverein vom Roten Kreuz) richten, welche das Weitere beanfiehlt.

Keine Geheimschrift bei Mitteilungen an Kriegsgefangene in Feindesland.

Der Schriftverkehr der in Gefangenschaft geratenen deutschen Soldaten unterliegt in Feindesland einer scharfen Prüfung, auch auf das Vorhandensein unsichtbarer Schrift. Die aus den Briefen Gefangener gelegentlich hervorgehenden Anregungen, dem Antwortbriefe Mitteilungen in einer bestimmten unsichtbaren Schrift beizufügen, scheinen zuweilen auf listige Veranlassungen des Feindes zurückzuführen zu sein. Auf diese Weise versuchen unsere Gegner, die Mitteilungen über Vorgänge und Verhältnisse in Deutschland zu erschließen und zu unserem Nachteil zu verwenden, für sie wichtige Nachrichten zu erhalten. Um so mehr ist damit zu rechnen, daß Mitteilungen in geheimer Schrift entdeckt und durch ihr Bekanntwerden die Interessen des Reichs gefährdet werden. Der Gefangene selbst wird den schwersten Nachteilen in bezug auf seine Behandlung und seinen Briefverkehr ausgesetzt sein, sobald er überführt erscheint, unsichtbar geschriebene Nachrichten aus Deutschland heimlich zu beziehen. Deshalb muß dringend davor gewarnt werden, bei Mitteilungen an die in Kriegsgefangenschaft befindlichen Deutschen Geheimschrift anzuwenden.

Der Findling im Kinderwagen. Gestern nachmittag saßen Bewohner des Hauses Teltower Str. 58 auf dem Flur einen Kinderwagen sehen, in dem ein Mädchen von etwa 1 1/2 Jahren ruhig dalag. Sie dachten sich erst nichts dabei, weil sie annahmen, daß die Mutter in irgend einer Wohnung des Hauses eine Versorgung habe. Als sich aber auch nach einigen Stunden noch niemand sehen ließ und sich niemand um das Kind kümmerte, nahmen sie selbst sich seiner an und zeigten ihre Beobachtungen dem nächsten Polizeirevier an. Jetzt kam ein Schutzmann und holte die Kleine mit dem Wagen nach der Revierwache ab. Von dort wurde sie dann nach dem Waisenhaus gebracht. Es handelt sich um einen weiß gestrichenen Wagen.

Erneute Hundesperre.

Die Hundesperre, die erst vor drei Tagen ihr Ende erreicht hatte, ist abermals über gewisse Stadtteile Berlins verhängt worden. Diese neue Maßnahme ist auf folgenden Fall zurückzuführen: Der Hund der Witwe Bethge aus der Alten Jakobstraße wurde am 6. d. M. der tierärztlichen Hochschule unter verdächtigen Erscheinungen zugeführt. Das Tier ist hier bereits am nächsten Tage verendet und bei der Untersuchung in der bakteriologischen Anstalt der tierärztlichen Hochschule hat man Tollwut festgestellt. Es ist deshalb vom Polizeipräsidenten bis zum 5. Dezember d. J. aufs neue die Hundesperre verhängt worden.

Die neue Bekanntmachung bestimmt:

I. In demjenigen Teile des Stadtgebietes Berlin, der begrenzt wird im Westen durch die Velle-Allianzstraße, den Wäckerplatz, die Velle-Allianzstraße, das Hallesche Tor, den Velle-Allianzplatz, die Wilhelm-, Neue Wilhelmstraße, die Marckshallstraße und die Luisenstraße mit dem Karlplatz.
im Norden durch die Philipp-, Hannoverische, Elbasser Straße, den Rosenthaler Platz, die Lothringer, Prenzlauer Straße bezw. Allee und den Brandlauer Berg.
im Osten durch die Friedenstraße mit dem Landsberger Platz, die Fruchtstraße mit dem Köhriner Platz, die Mühl-, die Cronmühlstraße und -Brücke, die Köpenicker-, Rantauferstraße, das Kottbuscher Ufer, die Kottbuscher Brücke und die Gräberstraße,
im Süden durch die Weichbildgrenze,
einschließlich dieser Straßen und Straßenteile müssen sämtliche Hunde bis zum 5. Dezember d. J. festgelegt (angeleitet oder eingesperrt) werden.

Der Festlegung ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine gleichzusetzen.
II. In den übrigen Stadtteilen des Stadtgebietes müssen Hunde bis zum 5. Dezember d. J., sofern sie sich an öffentlichen Orten befinden, mit sicherem Maulkorbe versehen sein und gewissenhaft überwacht werden.

Ein Schlafkennedieb tritt seit einiger Zeit wieder auf. Es ist ein falscher Feldgrauer, der den Vermietern vorredet, daß er beurlaubt sei und sich ein Unterkommen mieten müsse, weil er keine näheren Angehörigen in Berlin und Umgebung habe. Die Wirtinnen nehmen ihn vertrauensvoll an. Der Mieter steckt aber bei der ersten Gelegenheit, die sich ihm bietet, alle erreichbaren Wertgegenstände, besonders goldene Schmuckstücke, ein und verschwindet damit.

Auf seinem Laublande vom Tode überrascht wurde gestern nachmittag der 41 Jahre alte Postbote Friedrich Klutke aus der Löwenstraße 17. Der Mann brach bei der Arbeit auf dem Gelände an der verlängerten Anprodestraße plötzlich zusammen. Andere Kolonisten sorgten für Hilfe aus dem Krankenhause am Friedrichshain. Die Arztin Dr. Brandt, die von dort kam, konnte aber nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht.

Im Dienste gestorben ist gestern der 56 Jahre alte Eisenbahnweichensteller Paul Nothe aus der Raugener Straße 5, der auf dem Postbahnhof an der Ludenwalder Straße beschäftigt war. Wahrscheinlich vom Gehirnschlag getroffen, fiel er plötzlich vom Trittbrett einer Rangiermaschine herab und blieb benimmungslos liegen. Schon bald darauf trat der Tod ein. Ein Arzt konnte an äußeren Verletzungen nur ganz unbedeutende Hautabschürfungen feststellen.

Der Kriegsausgleich für Dole und Fette, Berlin NW 7, hat das Sammeln der Kerne des Steinobstes organisiert und überall Sammelstellen errichtet, die für jedes Kilogramm gewaschene, getrocknete und nach Arten getrennte Kerne des Steinobstes, ausgenommen Wirslingerkerne, 10 Pf. bezahlen. Für das Kilogramm luftgetrocknete Wirslingerkerne wird 15 Pf. vergütet. Aus den Kernen müssen Dole gewonnen werden, die wir zur Ergänzung unserer Fettbestände dringend brauchen. Die Sammelstellen für Berlin sind in dem Inserat, welches sich in der heutigen Nummer befindet, angeführt.

Von einem Kraftwagen überfahren und getötet wurde gestern nachmittag das 7 Jahre alte Mädchen Gertrud Geseh aus der Zehdenicker Straße 8a. Die Kleine, die mit mehreren anderen in der Nähe der Kappellstraße bei der Friedrücksbrücke an der Burgstraße gestanden hatte, lief unter den Wagen, der die Burgstraße entlang gefahren kam und wurde so schwer verletzt, daß sie in der Charité schon bald nach der Aufnahme starb.

Beim Gardinen-Anmachen tödlich verunglückt ist die 21-jährige Tochter des Gastwirts Haase in Alt-Luchdorf bei Erkner. Das junge Mädchen, das in diesen Tagen Hochzeit halten wollte, war mit dem Einrichten der neuen Wohnung beschäftigt. Als sie die Gardinen anmachen wollte, stürzte sie von der Leiter und fiel in die Fenster-scheibe. Dabei drangen der 5. mehrere Glassplitter tief in die Brust und zerschnitt u. a. eine Schlagader. Noch ehe ein Arzt hinzugerufen werden konnte, starb das bedauernswerte junge Mädchen infolge Verblutung.

Das nächste Volkskonzert des Philharmonischen Orchesters findet am Mittwoch, den 18. September, im Stadttheater Roabit, Alt-Roabit 47/48, statt. Beginn des Konzerts 8 Uhr.

Umleitung von Straßenbahnlinien.

Infolge Bauarbeiten an der Kreuzung der Leipziger und Charlottenstraße werden in den Nächten vom 14. bis 16. und vom 18. bis 20. September von 1 Uhr ab die durch die Leipziger Straße verkehrenden Linien 6, 54, 66, 67, 69, 71, 74, 77, 78, 87, 88 und 91 über Rauer, Rangiers, Französische und Charlottenstraße umgeleitet. Ferner müssen in den Nächten vom 18. bis 23. und vom 25. bis 27. wegen Gleisbauarbeiten in der Jerusalemstraße zwischen Leipziger und Krausenstraße von 1 Uhr ab die Wagen der Linien 64, 99 und 164 über Linden-, Markt-, Koch-, Charlotten- und Leipziger Straße und die Wagen der Linie 162 von der Zimmerstraße ebenfalls über Charlotten- und Leipziger Straße geführt werden. An den von den Umleitungen betroffenen Haltestellen werden sich entsprechende Hinweise befinden.

Verloren hat ein Arbeiter am Sonntagabend auf der Straßenbahn Französisch-Luchdorf-Mittelstraße einen Kuchel, der außer einigen Kohlköpfen auch eine Portie enthielt. Der Verlust muß auf der Strecke Hochstraße bis Oranienburger Straße entstanden sein. Der Finder wird gebeten, den Fund abzugeben bei Rungler, Holzmarktstr. 44a (Naben).

Aus den Gemeinden.

Zur Kreisgeneralversammlung in Teltow-Weesow.

Vom Ausschuss der Gewerkschaftskommission schreibt uns Genosse Körten: „In dem Bericht über die Generalversammlung des Kreiswahlvereins Teltow-Weesow schreiben Sie unter anderem: „Wohin diese Absichten gehen, das hat die vom alten Vorstand kürzlich veranstaltete Versammlung in der Reuen Philharmonie gezeigt, zu der die Einladungen durch die Berliner Gewerkschaftskommission verbreitet wurden.“ Dadurch kann der Anschein erweckt werden, als ob die Gewerkschaftskommission den Vertrieb von Einladungen für politische Versammlungen übernommen habe. Wichtig ist, daß eine kleine Zahl von Eintrittskarten an uns eingehandt worden sind, die wir an Personen abgaben, welche unser Bureau besuchten und dem einen oder anderen Kollegen bekannt sind; ein Verfahren, welches wir seit Jahren auch bei ähnlichen Veranstaltungen im Einverständnis mit der Partei erfüllten.“

Wahlvereinsversammlung in Reuköln.

Der Wahlverein hatte zu Sonnabend, den 9. September, eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, die Stellung zu der bevorstehenden Reichskonferenz nehmen sollte. Genosse Ströbel als Referent führte ungefähr folgendes aus:

Es bestand zuerst die Absicht, einen Parteitag stattfinden zu lassen und der Parteiausgleich wurde zusammengerufen um dabei behilflich zu sein. Auf diesem Parteitag wollte man die organisatorische Formel für ein weiteres Vorgehen gegen die Minderheit finden. Der Parteitag sollte die Politik der Mehrheit gutheißen. Die Gründe, die gegen eine Abhaltung des Parteitages sprachen, waren aber doch so schwerwiegend, daß man davon Abstand nahm, weil keine Garantie gegeben sei, seine Gedanken frei und unbeschränkt zum Ausdruck zu bringen. Schon die Wahl der Delegierten müsse unter voller Freiheit der Aussprache geschehen, diese Freiheit existiere aber nicht. Heute könnten wohl Versammlungen von Anhängern der Parteimehrheit, nicht aber von denen der Minderheit stattfinden, wie es erst die letzte Zeit gezeigt habe. Auch auf dem Parteitag selbst wäre es nicht möglich gewesen, frei zu sprechen, schließlich sogar hinter geschlossenen Türen; ebenso fehle die einwandfreie, lädenlose Verichterstattung. Der Parteitag wäre so weiter nichts als eine Komödie gewesen.

Möglich ist, daß man diese Reichskonferenz zu einem Präzedenzfall machen will, wir werden aber aufpassen und warnen. Einstweilen können wir abwarten. Die Reichskonferenz soll sich über die politischen Fragen aussprechen. Nun fragt es sich, ob die Minderheit ein Interesse an der Reichskonferenz hat, das ist zweifellos der Fall. Wenn da Gelegenheit ist, frei zu sprechen, die Gründe für unser Verhalten vorzutragen und eine Reihe von Delegierten aus dem Reiche können unsere Gründe hören, so kann das auf keinen Fall schaden. Es ist doch möglich, daß eine Reihe von Genossen dadurch zum ernstlichen Nachdenken gebracht wird. Die Tatsachen beweisen, daß die Minderheit den Nagel auf den Kopf getroffen hat.

Redner kritisiert nun den Wahlmodus zur Reichskonferenz als einen der ungerechtesten, der je erdacht worden ist.

Die Reichskonferenz ist nicht in der Lage, irgendwelche Beschlüsse zu fassen, wäre dem nicht so, so würden wir da nicht mitmachen können. Geheiß es doch, so würden wir uns dem widersetzen und nicht folgen können. Wir nehmen daran teil, um uns auszusprechen. Wer da zur Verantwortung gezogen werden soll, darüber kann man verschiedener Meinung sein.

Die Minderheit wird um so mehr ihren Standpunkt beibehalten, weil der ganze Verlauf des Krieges uns recht gegeben hat, deshalb ist es notwendig, die Politik der Minderheit mit Entschiedenheit zu vertreten.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Als Delegierter wurde nach längerer Aussprache Genosse Max Jirke gewählt, der der Kreisgeneralversammlung in Vorschlag gebracht werden soll.

Es erfolgte nun die Wahlen der Delegierten zur Kreisgeneralversammlung und Ergänzungswahlen am Ort. Eine Resolution wurde angenommen, die sich gegen den im „Vorwärts“ vom 28. Juli 1918 veröffentlichten Aufruf der Generalkommission und des Parteivorstandes wendet. Es wird darin eine Denunziation erblüht, wodurch die bezeichneten Instanzen das Vertrauen der Arbeiterschaft eingebüßt haben.

Nachdem noch darauf hingewiesen, daß trotz der Bekanntmachung des Vorstandes, nur an solche Funktionäre die Beiträge zu zahlen, die im Besitze einer ordentlichen, mit Namen Hermann Rabitz versehenen Legitimation sind, es doch vorgekommen ist, daß das nicht beachtet wurde, wird darauf aufmerksam gemacht, daß alle, die die Beiträge nicht an die ordnungsgemäße Organisation abführen, von deren Einrichtungen und Veranstaltungen ausgeschlossen werden.

Zur leichteren Ueberflucht wird eine neue grüne Marke herausgegeben, die in jedem Vierteljahr bei den Mitgliedern, die bei uns die Beiträge zahlen, geliefert wird. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, sein Buch in Ordnung zu halten.

Wahlverein Schönberg.

Die am Mittwoch, den 8. September, im „Schwarzen Adler“ tagende Mitgliederversammlung des Schönberger Wahlvereins nahm Stellung zur Reichskonferenz und zur Kreisgeneralversammlung. Genosse Schlater gab zunächst eine Gesamtschau aller politischen Vorgänge innerhalb unseres Parteilebens seit Kriegsbeginn, die schließlich zu einer Reichskonferenz führten. Er und sämtliche folgenden Diskussionsredner erklärten sich im Prinzip gegen eine solche Konferenz, die doch nie geeignet sein kann, wirkliche Klarheit in unsere Parteiwirren zu bringen. Aber aus taktischen Gründen möchten wir für eine geeignete Beschickung sorgen. Die Versammlung beschließt auch in diesem Sinne.

Nachdem die Delegierten zur Kreisgeneralversammlung gewählt waren, verlas unter Vereinsangelegenheiten der Vorsitzende ein Flugblatt, das der frühere Ortsvorstand, Genosse Frisch mit seinen Freunden verbreitet haben und in dem zur Gründung von Sonderorganisationen im Fahrwasser der „Parteimehrheit“ aufgefordert wurde. Der Vorsitzende kennzeichnete in kurzen Worten das un-demokratische und parteierregende Wesen dieser Genossen. Die Versammlung hörte in Erregung von solchem Treiben und erklärte sich entschieden dagegen. Es gilt noch abzuwarten, ob dieser Keil nicht auch noch zwischen die Stadtverordnetenfraktion getrieben wird. Nach Wahl der drei Revisoren wurde die Versammlung mit einer Sympathieumgebung für alle Genossen, die für ihre Ueberzeugung leiden müssen, geschlossen.

Wahlvereinsversammlung in Lichterfelde.

Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins vom 6. September beschäftigte sich mit den letzten Vorgängen im Kreise, insbesondere mit dem letzten Flugblatt des alten Kreisvorstandes: „Wahrhaftig an die Parteigenossen in Teltow-Weesow.“ Eine Anregung, diese ganze Angelegenheit von Teltow-Weesow doch einer größeren Öffentlichkeit zu unterbreiten, wurde von dem Genossen Döbbergen dahin erledigt, daß derselbe erklärte: „Im Mitteilungsblatt sollte diese ganze Angelegenheit noch einmal gründlich erörtert werden.“

Zur Kreisgeneralversammlung am 10. September wurden die Genossen Böhl, Hinkel und Krichel einstimmig delegiert. Ueber die in Aussicht genommene Reichskonferenz wurde in abnehmendem Sinne debattiert, da ja dort doch nicht die Meinung der Gesamtpartei zum Ausdruck komme. Betreffend der drei in dem Flugblatt „Wahrhaftig“ genannten Genossen aus Lichterfelde steht die Versammlung auf dem Standpunkte, daß die Genannten damit aus dem hiesigen Ortsverein ausgeschieden und von der Mitgliederliste gestrichen sind. In einer örtlichen Angelegenheit wurde der Vorsitzende mit der Regelung derselben betraut.

Kartoffelversorgung in Reinickendorf.

Zur möglichsten Vermeidung von Mißständen, wie sich solche bei der vorjährigen Kartoffelversorgung ergeben haben, fordert der Gemeindevorstand zur Winterversorgung mit Kartoffeln durch Lagerung im eigenen Haushalt auf. Wer über feuchte, luftige, trockene und dunkle Räume verfügt, sollte davon Gebrauch machen. Da für die gelieferten Kartoffeln die Kartoffelarten abzuliefern sind, müssen die Kartoffeln sorgfältig aufbewahrt und pfleglich behandelt werden. Ein Ersatz für verdorbene Vorräte kann nicht gewährt werden. Doch wird zum Ausgleich für den unausbleiblichen Schwund etwas mehr als die vorausgeschätzte Tagesmenge geliefert. Diese dürfte etwa ein Pfund pro Tag und Kopf betragen.

Den Vorberatern werden für die Zeit vom 20. November bis 18. März nächsten Jahres (17 Wochen) für jede Person 1 1/2 Zentner geliefert. Es steht jedem frei, für alle oder nur einen Teil der Haushaltsangehörigen das genannte Quantum zu bestellen, doch werden für eine Person nicht weniger als 1 1/2 Zentner verabfolgt. Wer an den von der Gemeinde einzurichtenden Massenpeisungen teilzunehmen gedenkt, wird acht darauf haben müssen, daß er nicht für alle Köpfe seines Haushaltes Kartoffeln bezieht, damit er in der Lage bleibt, von den für diese ausgestellten Kartoffelarten bei der Massenpeisung die etwa angeordnete Abtrennung einzelner Abchnitte jederzeit vornehmen zu können. Bestellungen sind bis zum 20. September schriftlich oder mündlich im Rathause, Zimmer 11, anzumelden. Die Lieferung erfolgt allmählich in der Zeit von Anfang Oktober bis Ende November.

Gemeindevertretung in Nowawes.

Die Anlage der neuen, von der Scheffelsstraße südlich abzweigenden Straße gab dem G.-R. Leby zu der schriftlichen Anfrage Anlaß, weshalb eine Breite von nur 5 1/2 Meter vorgegeben sei. Der Gemeindebaumeister erwidert, daß für eine dem lokalen Verkehr dienende Straße diese Breite völlig ausreichend sei, um so mehr, da infolge der geringeren Kosten dadurch eine schnellere Aufschließung des Geländes ermöglicht werde. Der Syndikus erklärte, die Straße käme vorläufig überhaupt nicht zur Ausführung. G.-R. Leby blieb bei seiner Meinung, daß die Anlage so schmaler Straßen unbedingt ein Fehler sei. — Nach einem vom G.-R. Schneider erstatteten Bericht schließt der Voranschlag der Gemeindekasse für das Jahr 1914 in der Einnahme und Ausgabe mit der Summe von 1 387 600 M.; es betragen die Einnahmen 1 406 578 M., die Ausgaben 1 387 834,22 M., so daß ein Bestand von 18 739 M. verblieb, der Abfluß des Jahres 1913 war um 28 000 M. günstiger. Den ungünstigen Einfluß des Krieges auf die Finanzverwaltung spiegeln einzelne Kapitel in deutlicher Weise wider. So brachte zum Beispiel das Kapitel „Elektrizitäts- und Straßenbahnverwaltung“ statt der veranschlagten 154 000 Mark nur 145 722 Mark Einnahmen, und Kapitel „Schulverwaltung“ ergab eine Mindereinnahme von 5656 M., wovon allein 4005 M. auf das Realgymnasium entfallen. Dem Räumlicher wurde Entlastung erteilt. — Die Vorlage betreffend Unterstützungsgewährung an erwerbsbeschränkte und arbeitslose Schuhmacher wurde an die Finanzkommission zurückgewiesen, da vom Genossen Dömer gegen den § 8, der die Aufbringung der Gelder durch Arbeitgeber, Reich, Staat und Gemeinde betrifft, Bedenken erhoben wurden. Es sollen vorerst noch einige Unklarheiten beseitigt werden. — Der Erhöhung der an erwerbsbeschränkte und arbeitslose Regularbeiter zu zahlenden Unterstützungsbeträge, die selbst der Regierungsvorstand als unzureichend bezeichnet hat, stimmte die Gemeindevertretung nach kurzer Aussprache zu.

Kinderveranstaltungen in Reuköln. Heute: Spielen auf dem Turnplatz. Treffpunkt 1/3 Uhr Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Jannstraße.

Sonntag, den 17. September: Vormittagsspielpartie nach dem Plänterwald. Treffpunkt 8 Uhr Widenbruchplatz (Eisensteig).

Soziales.

Lehrlingsklagen.

In einer auf Lösung des Lehrvertrages gerichteten Klage eines Mechanikerlehrlings gegen die Inhaber der Firma Schubert und Wialon stellte die Kammer 5 des Oberlandesgerichts fest, daß der Kläger sowohl von beiden Inhabern des Geschäftes wie auch von einem Gehilfen häufig mit Ohrfeigen bedacht, von Herrn Wialon sogar mit einer Eisenklinge bedroht und oft mit den größten, das Ehrgefühl verletzenden Schimpfwörtern beleidigt worden ist. — Das Gericht erkannte auf Lösung des Lehrvertrages mit der Begründung: Wenn auch der Kläger durch unangelegenes Verhalten Anlaß zur Züchtigung gegeben habe, so hätten die Beklagten das den Lehrherren zustehende Züchtigungsrecht weit überschritten.

In einem anderen Falle verlangte ein bei der Firma Frank u. Ullrich in Arbeit stehender Schlosserlehrling, daß das Lehrverhältnis gelöst werde. Als Grund gab er mangelhafte Ausbildung an und berief sich darauf, daß die Firma zurzeit achtzehn Lehrlinge, aber nur einen Gehilfen habe. Das Gericht gab dem Klageantrage nicht statt, weil es nicht für festgestellt hielt, daß die Ausbildung des Klägers Mangel leide. Es sei ja ein in vielen Betrieben herrschender Mißstand, daß sich infolge des Krieges die Zahl der Gehilfen erheblich vermindert habe, während die Zahl der Lehrlinge die gleiche geblieben sei. Dieser Umstand allein spreche noch nicht dafür, daß die Lehrlinge mangelhaft ausgebildet werden. Im vorliegenden Falle sei der Lehrherr Ullrich während des größten Teils des Tages in der Werkstatt und der Kläger sei in üblicher Weise ausgebildet worden.

Berichtszeitung.

Hohe Strafe.

Wegen Zettelverteils wurde gestern Frau Martha Grünberg vom Schöffengericht Berlin-Schöneberg zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Sie hatte am Tage der Verhaftung des Abg. Liebknecht in Schöneberg auf der Straße Zettel verteilt, in welchen aufgefördert wurde, an einer näher bezeichneten Stelle sich einzufinden. Das Verteilen verleiht gegen eine Verordnung des Oberkommandierenden in den Marken. Das Gericht hielt eine einwöchige Gefängnisstrafe für angebracht, wiewohl das Gesetz eine Geldstrafe von drei Mark als Mindeststrafe zuläßt.

Teures Fleisch.

Gegen die Milinhäberin der bekannten Schlächtereier van Deuren in der Potsdamer Straße, Fräulein Elisabeth van Deuren, richtete sich eine Anklage wegen übermäßiger Preissteigerung und wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Magistrats, wonach der Verkauf von auswärtig bezogenen Fleisch des Genehmigungs des Magistrats bedarf. Die Angeklagte war beschuldigt, für Kalbfleisch, das sie zu 3 M. pro Pfund Schlachtgewicht eingekauft hatte, 5,60 M. gefordert zu haben. Außerdem hatte sie holländischen Schinken verkauft, ohne die vorgeschriebene Anmeldung bewirkt zu haben. Die Angeklagte machte geltend, daß sie in dem zur Anklage gestellten Falle Schinkel verkauft habe und hierfür der Preis von 5,60 M. nicht übertrieben hoch gewesen sei. Nach der vom Sachverständigen Dr. Kublmann aufgestellten Berechnung wäre aber nur ein Preis von höchstens 5,40 M. berechtigt gewesen. — Das Gericht erkannte auf eine Gesamtstrafe von 850 M.

Ein Viertel Wasser — drei Viertel Milch.

Mit nicht weniger als 75 Liter Wasser täglich war bei einem Umsatz von 300 Litern die Milch der Milchgroßhändlerin Franke aus Schöneberg gestreckt worden, die sich gestern wegen wesentlichen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz vor dem Schöffengericht Berlin-Schöneberg verantworten mußte. Neben ihr waren wegen des gleichen Vergehens ihr Antizher Schwarz sowie der Milchhändler Jschiesche angeklagt. Gegen den letzteren konnte jedoch nicht verhandelt werden, da er sich im Felde befindet. Aus dem Geschäft des letzteren waren auf Anzeige einer Schwester der Schöneberger Kindertruppe, die zu den Abnehmern zählte und in der die dünne Beschaffenheit der Milch aufgefallen war, im Januar dieses Jahres fortgesetzt Milchproben entnommen worden. Da ihre amtliche Untersuchung ergab, daß sie sämtlich einen Zusatz von 25 bis 30 Proz. Wasser enthielten, so setzten Ermittlungen ein, die dem das Resultat zeigten, daß die Milch aus dem Geschäft der Angeklagten Franke stammte und dort in der Weise mit Wasser verfälscht wurde, daß der Antizher Schwarz unterwegs Wasser in die Fässer goß, wenn er die Milch von der Bahn abgeholt hatte. Das Schöffengericht verurteilte von den beiden, die im groben und ganzen den Sachverhalt zugaben, die Angeklagte Franke zu 1000 Mark, den Schwarz zu 500 Mark Geldstrafe.

Sind Walnüsse Nahrungsmittel?

Den seltsamen Einwand, Walnüsse seien kein Nahrungsmittel und deshalb sei die Kriegswaherordnung auf zu hohe Preise für Walnüsse nicht anzuwenden, erhob vor dem Reichsgericht der Getreidehändler Joseph Dörner. Das Reichsgericht verwarf natürlich diesen Einwand, zumal Walnüsse verhältnismäßig viel Fett, Eiweiß und Kohlehydrate enthalten. Dörner war zu 1500 M. verurteilt, weil er den Zentner Walnüsse für 53 M. verkauft hatte. Er hatte für den Zentner 18 M. bezahlt. Mit Rücksicht darauf, daß ein Teil der Nüsse noch nicht entkocht war und durch das Todnen ein Gewichtsverlust eintritt, kam ihm der Zentner auf höchstens 28 M. zu stehen.

Aus aller Welt.

Ein Zeichen der Zeit.

Der Glasgower „Forward“ erzählt folgende Geschichte: „Wir lesen oft in der Presse, daß das Volk in Deutschland den Frieden wünsche, aber wir haben noch nichts aus jenem Lande gesehen, was folgendem Ereignis gleichkommen könnte, über das das „Aberdeen Journal“ berichtet: Mehrhüchiges Friedensgericht in Aberdeen. Große Aufregung. Ein außerordentliches Gerücht, daß der Frieden geschlossen worden sei, wurde in unserer Stadt von einem jungen Mädchen in Umlauf gesetzt. Das Gerücht verbreitete sich ungemein schnell und rief ungeheure Aufregung hervor. Knaben, Mädchen und Frauen eilten durch die Straßen nach den Zeitungsgebäuden in Broad Street und in weniger als einer Viertelstunde waren an die tausend Personen dort angehäuft und die Menge wuchs zusehends. In einer halben Stunde war das Gerücht nach allen Seiten gedrungen. Um 11 Uhr nachts zog eine Menge von etwa 5000 Personen durch die Queenstreet und jubelte über den Frieden. Alle Ablehnungen durch die Polizei und Presse halfen nichts. Die Menge weigerte sich einfach zu glauben, daß das Gerücht falsch sei. Erst nach Mitternacht geritzte sich die Menge.“ (2)

Unberechtigter Unterstützungsanspruch.

Nach dem Gesetz vom 28. Februar 1888 bzw. 4. August 1914 steht den Familien der zum Heeresdienste einberufenen Mannschaften im Falle der Bedürftigkeit Unterstützung aus Reichsmitteln zu. Wie dieses Gesetz nun ausgelegt wird, wird im „Lärmer“ an folgendem Beispiel erörtert:

In einem kleinen Städtchen, welches seit Beginn des Krieges fast ununterbrochen und ziemlich stark mit Militär belegt ist, sind ein Bäckermeister, ein Gastwirt und ein Kaufmann zum Heeresdienste eingezogen worden, deren Verhältnisse sich aber durch die Einberufung nicht im geringsten verschlechtert, sondern durch die Einquartierung sogar in erheblichem Maße verbessert haben. (Der Bäckermeister mußte z. B. eine große Kaffeestube einrichten.) Trotzdem hatten die Ehefrauen der Einberufenen nichts Eiligeres zu tun, als die Gewährung von Familienunterstützung zu beantragen. Die Ortsbehörde besah den Mut, diese Anträge zu beantworten, und so bezogen diese drei Frau zusammen jährlich 1620 M. Familienunterstützung. Ist es schon eine beispiellose Unverschämtheit der drei Frauen, die ein völlig sorgenfreies Leben führen können — im Gegenjatz zu anderen Handwerkerfrauen, welche den gesamten Gewerbebetrieb ihrer Männer an

den Nagel hängen mußten und nur auf die geringe Familienunterstützung angewiesen sind, oder zu armen Arbeiterfrauen, die jetzt noch mehr als früher mit ihrer Hände Arbeit lauer den Lebensunterhalt für sich und ihre Kinder verdienen müssen —, wenn sie auf Unterstützung Anspruch erheben, so muß andererseits aber auch das Verhalten der Ortsbehörde als gewissenlos bezeichnet werden, denn in der Annahme, daß diese drei Fälle leider nicht vereinzelt dastehen, kann man den Schaden, den das Reich dadurch erleidet, auf Millionen schätzen.

Diesem Urteil wird man sich uneingeschränkt anschließen können.

Trockenlegung der Zuidersee.

Haag, 11. September. (W. L. A.) Das Korrespondenzbureau erfährt, daß in der Zweiten Kammer ein Gesetzentwurf eingebracht ist, um die Zuidersee trocken zu legen. Gleichzeitig sollen Maßnahmen getroffen werden, um neue Befestigungen, die im Interesse der Landesverteidigung im Falle der Trockenlegung notwendig werden würden, auszuführen. Diese Verteidigungsmaßnahmen werden in einem besonderen Gesetz behandelt werden, das erledigt sein muß, ehe mit Eindämmungs- und Trockenlegungsarbeiten begonnen wird. Das Jahr, in dem mit der Trockenlegung des südöstlichen und nordöstlichen Teiles angefangen werden soll, wird ebenfalls gesetzlich festgelegt werden. Die Kosten werden auf 110 Millionen Gulden geschätzt, wobei die Anlage der Befestigungen nicht einbegriffen ist. Die Arbeiten werden 15 Jahre in Anspruch nehmen.

Einwurf einer Brücke über den St. Lorenzstrom. „Times“ meldet aus Duedel: Der mittlere Bogen der großen Brücke über den St. Lorenzstrom, mit dessen Konstruktion man beschäftigt war, um den im Jahre 1907 eingestürzten Teil zu ersetzen, ist zusammengebrochen. Verschiedene Arbeiter fielen in den Strom. Die Zahl der Opfer ist groß. Die Schiffahrt auf dem St. Lorenzstrom ist für unbestimmte Zeit stillgelegt. Der eingestürzte mittlere Teil der Brücke hatte eine Länge von 600 Fuß, die verwendete Eisenmasse war fünf Millionen Kilo schwer. Der Einsturz erfolgte eine Stunde später, nachdem der Brückenteil unter dem Jubel von Tausenden von Zuschauern in Stellung gebracht worden war.

Damaskus Razoch gestorben. Die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, daß der frühere Paulanermonch Damaskus Razoch im Berliner Zentralgefängnis gestorben. Razoch, der seinerzeit dem Kloster Jasognora in Genua angehörte, hatte aus dem dort befindlichen berühmten Muttergottesbild die Edelsteine geraubt und durch wertlose Glassteine ersetzt. In Gemeinschaft mit seiner Schwägerin Helena Razoch, mit der er in ehebrecherischem Verkehr gelebt hatte, ermordete er dann seinen eigenen Bruder. Er wurde daraufhin zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Schweres Unglück in einem alten päpstlichen Schloß. Im früheren päpstlichen Palaste in Vignon stürzte die Zimmerdecke des dritten Stockwerks ein und durchschlug die Decken der unteren Stockwerke. Eine größere Anzahl Soldaten des dort garnisonierenden 7. Genieregiments wurden unter den Trümmern begraben und teilweise schwer verwundet hervorgezogen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittig. Zunächst vorwiegend heiter und trocken, ostwärts fortschreitende langsame Gewölkung, später im Westen zunehmende Bewölkung und verschiedentlich etwas Regen.

Parteiveranstaltungen.

Zweiter Wahlkreis (III. Abteilung, Friedrichstadt) Wahlabend: Mittwoch, den 13. Sept., bei Rathmann, Wilhelmstr. 118. — Wahlmorgen: Donnerstag, den 14. September, bei Krüger, Jerusalemstr. 63.

Münster Kreis, 2. Abteilung, Mittwoch, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinlicher Wahlabend bei Pöwels, Vorkstr. 7. — Wilmersdorf. Die Wahlabende finden statt: Für den 1. und 2. Bezirk bei Wöhe in Dalessee, Paulsbörner Straße, Ecke Seelener Str.; für den 3. Bezirk bei Wöhe, Kaiser-allee 209; für die übrigen Bezirke bei Schilling, Lauenburger Str. 30. — Treptow-Baumgartenweg. Der Wahlabend findet gemeinsam für den Ostteil Treptow bei Ringelhaube, Groesstr. 1, für den Ostteil Baumgartenweg bei Krause, Kiehlstr. 249, statt.

Wilmersdorf. Heute abends 8 1/2 Uhr: Wahlabend bei Wahrenborf. — Ober-Schöneweide. Heute abends 8 1/2 Uhr: Wahlabend für die Bezirke 1, 2, 3 bei Schäffer, 2 bei Kleinke, 3, 4, 5 bei Wands, 6, 6a und 7 bei Herber.

Weißensee. Die heutige Mitgliederversammlung findet bei Wöhe, Berliner Allee 251, statt. Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion über die Lebensmittelfrage durch die Gemeinde. — Reinickendorf-Or. Heute abends 8 1/2 Uhr, bei Sabau, Reibensstraße 124: Gemeinlicher Wahlabend. Tagesordnung: Vortrag des Arbeitervereins Städt. Adolf Ritter: Die Veränderung der Sozialgesetzgebung während des Krieges.

Vorflughöhe-Wittenau. Mittwoch, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr: Gemeinlicher Wahlabend bei Wilhelm Schulze, Schubartr. 39. — Kaulsdorf-Biesdorf. Der gemeinliche Wahlabend findet heute, Mittwoch, den 13. September, abends 8 1/2 Uhr, in Biesdorf, Rönigstr. 120, Restaurant „Eckherde“ (Hof, E. Wöhe) statt. Tagesordnung: Bericht von der Kreisversammlung. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen erwartet. Die Bezirksleitung.

Jugendveranstaltungen.

Wilmersdorf. Sonntag, den 17. September 1916, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim, Bismarckstr. 31, Hofpartee: Jugendweihnacht. Die Teilnahme ist kostenlos.

Sonntag, den 14. September, nachmittags von 3 Uhr ab, im Lokal von Lehmann, Kobergasse und Bismarckstr. Ecke: Schul-entlassungsfeier. Für ein reichhaltiges Programm ist bestens gesorgt. Alle Schulklassen Kinder nach ihren Angehörigen sind herzlich willkommen. Vortrag: Ordnung: Gesang, Feste, Rezitation, Lieder zur Kunst, Randolmen-Konzert, Theateraufführung und Vorführungen von Volkstänzen. Programm 10 Pf.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Vorflughöhe-Wittenau. Donnerstag, den 14. September, nachm. 5 Uhr, im Rathaus. — Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Berliner Arbeiter-Schachklub.

- Nordnordwest jed. Freitag 8 1/2 Uhr, bei Rebel, „Metallarbeiter-Hof“, Rognstr. 12.
- Nordwest Goebel, Vorkstr. 10.
- Westen Baehler, Kaulsdorf 17, Ecke Kottb. Str.
- Neutempelhof Schröder, Schierke, Ecke Hobelstr.
- Tempelhof Krog, Sonntag, Kottb. Str. 44.
- Rohlsberg Krog, Sonntag, Ecke Lendahlstr.
- Naher-Schönhausen Narquardt, Berliner Str. 85.
- Zentrum jed. Dienstag Gahn, Linienstr. 77.
- Osten Krog, Gr. Frankfurter Str. 62.
- Freitag, den 15. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Goebel, Vorkstr. 10, für den Stadtbezirk „Wobau“: Unterhaltungsabend. Jeder Schachfreund ist hierzu freundschaftlich eingeladen. Eintritt und Teilnahme frei.

Arbeiter-Samariterbund. Am Sonntag, den 17. September, vormittags 10 Uhr, findet in der Köpenicker Straße 62 eine Konferenz der Delegierten des Kreises Brandenburg statt. Mitglieder aller Gattungen sind willkommen.

Sozialdemokratischer Wahlverein
I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreises.
Stralauer Viertel, Bezirk 309.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Mann:
Louis Wunderlich
gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr,
von der Halle des Zentral-
Friedhofes in Friedrichsfelde aus
statt. 216/4
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher
Transportarbeiter-Verband.
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, der Haus-
diener
Ludwig Gebeler
von der Firma S. Jaber, Brunnen-
straße 1, am 9. September im
Alter von 55 Jahren ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, den 13. September,
nachmittags 2 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
67/20 Die Bezirksverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege, die Metall-
arbeiterin
Luise Eggert
in Köpenick am 27. August, und
unsere Kollegen, der Schlosser
Adolf Schlüter
am 30. August, und der Schlosser
Paul Lehmann
Schmidstr. 21, am 5. September
gestorben sind. 122/12
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Sammelt Obstkerne
für die Delgewinnung!

Gewaschene, getrocknete und nach Arten
getrennte Kerne des Steinobstes — aus-
genommen Pfirsichkerne — nehmen die
nachstehenden Stellen in Empfang und
vergüten für das Kilogramm 10 Pf.,
für luftgetrocknete Kirschkerne 15 Pf.

Berger & Rulp, Schöneberger Ufer 22.
Berger & Rulp, Gleimstraße 62.
Ehren & Viduale, Seidestraße (Sechster Bahnhof).
Louis Schulze, Prandlstraße 16.
Louis Schulze, Görliger Ufer (Görliger Bahnhof).
Schule IX, N 54, Adersstraße 148 (Eckhaus Invalidenstraße).
X, N 58, Schönhauser Allee 141.
I, W 57, Frobenstraße 1.
II, O 19, Neue Grünstraße 27.
III, S 59, Planufer 88.
IV, N 37, Wegert Straße 88.
VI, SW 48, Wilhelmstraße 80.
VII, O 34, Tilsiter Straße 87.
VIII, O 26, Alexanderstraße 9.

Kriegsauschuß für Oel und fette
Berlin NW 7.

Ganze Drehereien,
Maschinen, Naturstahl laut
laufend Schloßmeister Walter,
Berlin, Steffler Straße 7.



DRUCK
ARBEITEN
in guter Ausführung
VORWÄRTS
Buchdruckerei und Verlag
SW.68 Lindenstraße 3
Münzen laut Rob. Sall W. G., Wilmers-
dorf, Berlin, Wilhelmstr. 46/47

Nachruf.
Am 9. September verschied nach
langem, schwerem Leiden unser
Wohntransporteur
Louis Wunderlich.
Er war uns seit ein fleißiger,
unerschütterlicher Mitarbeiter und hat
sich in langjähriger Tätigkeit durch
sein freundliches und bescheidenes
Wesen die Achtung und Liebe
seiner Kollegen erworben.
Wir werden sein Andenken stets
in Ehren halten. 139/20
Die Hauptredaktion
des „Vorwärts“.

Den Mitgliedern fernher zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Droschkenführer
Fritz Gräber
am 9. September im Alter von
49 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet morgen
Donnerstag, den 14. September,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des städtischen Fried-
hofes in Friedrichsfelde aus statt.
67/20 Die Bezirksverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
Vannes, unseres Sohnes, Schwieger-
sohnes, Schwagers und Bruders
Max Roth
sagen wir allen Beteiligten, ins-
besondere dem Vorstand der Altko-
graben, dem Wahlverein Steglitz,
den Sängern, sowie den Kollegen der
Firma Fisch unseren herzlichsten
Dank. 100/12

Verband der Irenen Gast- und
Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Die Ortsverwaltung bringt den
Mitgliedern zur Kenntnis, daß
unser Schriftführer, der Kollege
Karl Grumbach
(Quintowstr. 120, Bezirk 1)
am 10. September an den Folgen
einer schweren Operation ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 14. September,
nachm. 4 1/2 Uhr, von der Halle
des Philippus-Kloster-Friedhofes,
Müllerstraße, aus nach dem städti-
schen Friedhof statt.
Um rege Beteiligung ersucht
74/18 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Banarbeiter-Verband
Zweigverein Berlin.
Bezirk Osten I.
Am 9. September starb unser
Mitglied, der Fuhrer
Louis Wunderlich
im Alter von 64 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr,
auf dem Zentral-Friedhof in
Friedrichsfelde statt.
Rege Beteiligung erwartet!
142/18 Die örtliche Verwaltung.

Das Recht
während
des Krieges
Preis 40 Pf.

Ein Buch, das Auskunft
gibt über Familienunter-
stützung, Wochenscheinen-
unterstützung, Kaufver-
träge, Miets-, Abzahlungs-
geschäfte, Arbeitsver-
träge, Familienrecht, Ar-
beiterversicherung, An-
gestaltensversicherung,
Zahlungsmittel u. v. a. u.
Fragen, die das Rechts-
verhältnis betreffen

Buchhandlung
Vorwärts 17
Berlin, Lindenstr. 3

Billige Preise für neueste Herbst-Modelle!!!

Wunderbare Herbst-Kostüme.
Samt mit Fell, reißwollener Kammergarn, reiß-
wollenes Tuch
reißende Neuhaut, Melstorchspitzen, Mantel-
kleider, Winterkleider, Glockenformen
100,- 150,- 100,- 75,-
Fesche, reißwollene Beekfisch-Kostüme, auch für
stärkste Figuren
65,- 54,- 45,- 35,-
Frühjahrs-Modelle, Loden, Kammergarn, Tuch
20,- 25,- 21 1/2,- 15,-
Gediegene Pelzmäntel und Pelzgarmenten!!!
Fesche Formen, beste Felle, aristokratische Arbeit!
Mohr Perlsamer (Winterfelle) 250,-, La Seul-Nisam 700,-,
Phantasieformen mit sohemem litte 275,-, Ja Pelzgarmenten billig!
Skunka, Weißschaf, Nera etc.

Einsegnungskleider, große Auswahl — billige Preise!
Auswahlendungen nach außerhalb
gegen Anzahlung.
Sonntags geöffnet 9-10 Uhr.

Westmann
I. Geschkft
Mehrerstraße 37a
(Kolonnaden)
II. Geschkft
Große Frankfurter Str. 115,
nahe Andreestraße.